Nr. 193. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parlamentarier und Partei.

In dem Konflikt, den die süddeutsche Geheimkonferenz und die badische und bayrische Budgetbewilligung hervorgerufen haben, liegt nicht, wie es vielfach dargestellt wird, ein Gegensatz zwischen den nord- und den süddeutschen Genossen. Soweit eine Verschiedenheit der Anschauungen hervortritt, findet sie sich weit weniger bei der Masse der Genossen als bei den Wortführern und Politikern, deren Anschauungen sehr stark durch das bestimmt werden, womit sie sich tagtäglich beschäftigen: durch den Kleinkram der politischen Verhältnisse. Für die Masse der Genossen besteht ein solcher Gegensatz nicht, schon deshalb nicht, weil die Arbeiter in ihren Anschauungen am stärksten durch ihr Milieu bestimmt werden, durch die wirtschaftliche Ausbeutung. Dieselbe Ursache, die bewirkt, daß in den demokratischen Ländern Westeuropas und dem halbabsolutistischen Preußen und Rußland die sich ihrer Klassenlage bewußt gewordenen Arbeiter im wesentlichen überall dieselben sozialistischen Anschauungen hegen, bewirkt auch, daß diesseits und jenseits der Mainlinie bei der Arbeiterschaft kaum eine verschiedene Auffassung besteht. Ueberall drängt die wirtschaftliche Sklaverei zum energischen, bedingungslosen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Regierungen.

Was dem Konflikt zugrunde liegt, ist ein Gegensatz zwischen Parlamentariern und Partei, der nur daraus entstehen konnte, weil es an der richtigen Einsicht in die Bedeutung des Parlamentarismus für unsere Bewegung fehlt, und an deren Stelle eine bürgerliche Auffassung des Parlamentarismus getreten ist, die zur sozialdemokratischen in schroffem Widerspruch steht.

Nach der bürgerlichen Auffassung regiert in wirklich konstitutionellen Ländern das Parlament. Das Parlament beschließt die Gesetze, und das Ministerium, das dort nichts als ein Ausschuß der Parlamentsmehrheit ist, hat die ausführende Gewalt. Die Parlamentsmitglieder sind es also, die nach eigenen Ansichten und eigenem Willen die Geschicke der Völker lenken. Sie sind im kleinen Maßstab die „großen Männer", die nach der bürgerlichen Anschauungsweise die Geschichte machen. Welche Rolle spielt dabei nun die Volksmasse? Sie tritt einmal in und so vielen Jahren auf die Bühne, um die Abgeordneten zu wählen und versinkt dann wieder für die Dauer der Parlamentsperiode in die Nacht der Einflußlosigkeit. An einem Tage ist sie souverän, und dann wieder so und so viele Jahre Untertan, passiver Bürger. Die politischen Geschäfte werden von den Abgeordneten selbst besorgt; sie sind die Staatsmänner, die die schwierige Kunst der Politik verstehen; deshalb sind sie eben gewählt worden. Das Volk selbst versteht nichts davon und soll deshalb auch nicht weiter dreinreden.

In der Politik der Bourgeoisie stimmt das auch; seitdem sie ihre großen Klassenkämpfe durchgekämpft hat, bewegen sich ihre politischen Kämpfe um kleine Interessengegensätze, für die mit kleinen Mitteln, mit Schacher und Intrige, mit Blockbildungen und Ministerstürzen gestritten wird. Große, scharf umgrenzte Ueberzeugungen fehlen und sind auch nicht nötig! Gewandte Menschenkenner, energische Draufgänger, schlaue Intriganten oder gute Redner werden zu Parteiführern, die die anderen mitschleppen. Die Politik ist lediglich ein Geschäft. Die erste Pflicht der Abgeordneten besteht darin, für ihren Kreis, für ihre Wähler und namentlich für einflußreiche Personen ihres Kreises Sondervorteile herauszuschlagen. Von einer Eisenbahnsubvention oder einer Gehaltsaufbesserung für bestimmte Gruppen, wenn nicht gar von einer Beamtenstelle für den Vetter des Wahlvereinsvorsitzenden hängt die Stimme des Abgeordneten für die Vorlagen der Regierung ab.

In Frankreich mit seiner stagnierenden Bourgeoisklasse kann man die schlimmsten Auswüchse dieses bürgerlichen Parlamentarismus studieren, dem die Auffassung zugrunde liegt, daß die Politik eine besondere Kunst ist, die die Masse nicht versteht und für die man eine besondere staatsmännische Begabung braucht. Sie stellt die Politiker über das Volk und in ihrer Praxis unabhängig vom Volke.

In dem demokratischen Charakter der Sozialdemokratie liegt schon begründet, daß hier das Verhältnis umgekehrt ist und sein muß. In der sozialdemokratischen Partei erwacht die Masse selbst zum politischen Leben. Sie weiß, daß sie nicht von anderen, sondern nur von sich selbst befreit werden kann. Zwar ist bisweilen auch in unseren Reihen die Anschauung aufgetaucht, als ob wir durch einfache Parlamentswahlen die politische Herrschaft erreichen könnten. Wenn wir immer mehr Anhänger und dadurch immer mehr Mandate bekommen, so haben wir, hieß es, schließlich die Mehrheit im Parlament und machen Gesetze in unserem Geiste. Dieser Zukunftstraum liegt ganz im Sinne des bürgerlichen Parlamentarismus: das Volk hat bloß richtig zu wählen. Das Ziel alles Strebens ist lediglich, möglichst viel sozialdemokratische Wähler zu finden, d. h. Personen, die Sozialdemokraten wählen. Die Abgeordneten machen dann alles weitere in Ordnung, und sie sind es, die die sozialistische Gesellschaft durchführen. Die Masse der Arbeiterschaft hat sich passiv zu verhalten und erhält als Lohn für ihr richtiges Wählen die Befreiung von Oben.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dieses parlamentarische Idyll nur ein Traum ist und nicht mal ein schöner Traum; denn das Herzerhebende an dem sozialdemokratischen Freiheitskampf liegt eben darin, daß er die ganze Volksmasse zu selbstbewußten, selbständigen Kämpfern erzieht, daß er neue, politisch denkende Menschen aus ihnen macht. Unsere Befreiung kann nicht ein Beschluß einiger von uns erwählter Vertreter sein, sondern nur die Frucht eines schweren opfermütigen Ringens gegen alle Machtmittel der herrschenden Klassen. Jeder Mann wird dabei aktiv auftreten müssen. Nicht die Masse als Wähler, sondern die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse selbst wird den Kampf zu führen haben. Daher ist es auch nötig, daß die Masse des Proletariats selbst sich seiner Aufgaben bewußt wird, daß sie nicht bloß einem Sozialdemokraten bei der Wahlurne vor einem anderen den Vorzug gibt, sondern bis in das Herz und die Nieren sozialdemokratisch fühlt und denkt.

Welche Bedeutung bleibt aber dann dem Parlamentarismus? Eine sehr große. Er ist eines der besten und notwendigsten Mittel — die Erfahrung hier und überall hat es gezeigt — dem Arbeiter dieses sozialdemokratische Empfinden beizubringen. Er trägt die Aufklärung in immer weitere Kreise, und durch den stetigen Kampf mit den Vertretern der Bourgeoisie steigert er unsere eigene politische Einsicht. So schmiedet er die Arbeiterklasse immer mehr zu einer Macht zusammen.

Es versteht sich, daß deshalb die Rolle unserer Abgeordneten eine ganz andere ist, als die der bürgerlichen Parlamentarier. Sie stehen nicht als selbständige Fachpolitiker da, losgelöst von der Masse und über der Masse, sondern sie sind lediglich die Beauftragten, die Wortführer des organisierten Proletariats. Sie spielen nicht nach eigenem Ermessen eine persönliche politische Rolle, sondern was ihrer Stimme Kraft und Wichtigkeit gibt, ist, daß aus ihrem Munde das Proletariat spricht. Es mag diesem oder jenem etwas geringes dünken, nur im Auftrage der Partei und streng gebunden an ihre Beschlüsse als Parlamentarier aufzutreten. Die Freiheit des bürgerlichen Politikers, der eine persönliche Rolle spielen kann und in den „verwickelten" Verhältnissen nach freiem Ermessen seine Entscheidung trifft, dünkt ihm schöner. In Wirklichkeit ist jedoch alle Kraft und Gewandheit und aller politischer Scharfsinn des einzelnen nebensächlich gegenüber der gewaltigen Kraft, die aus der revolutionären Masse spricht.

Für unsere Partei ist es deshalb eine entscheidende Frage, ob die bürgerliche Auffassung des Parlamentarismus sich in ihr Geltung zu verschaffen weiß. Wenn unsere Parlamentsmitglieder sich über die Partei stellen, sich als die gewandten Staatsmänner geben wollen, über deren politische Taten die Masse nicht urteilen darf; wenn sie ihre Haltung durch persönliche parlamentarische Auffassung, statt durch die der Partei bestimmen lassen, wenn sie an Stelle des Proletariats selbst die „sozialdemokratische" Politik in den Parlamenten machen wollen, dann geht der Charakter der Partei verloren. In welche Richtung die Politik ihrer Politiker dann verläuft, zeigt sich in dem Gegenstand des gegenwärtigen Disziplinbruches, der auf ein Entgegenkommen gegen die bürgerliche Regierung hinausläuft, zu dem in der Lage und dem Empfinden des Proletariats selbst kein Anlaß liegt. Jedem Versuch, sich über die Parteibeschlüsse hinwegzusetzen, muß deshalb das Proletariat aufs energischste entgegentreten.

Katholikentag.

Düsseldorf, 17. August.

Die erste geschlossene Generalversammlung ist vorwiegend mit der Erledigung von Formalien angefüllt. Der Vorsitzende des Lokalkomitees verliest das päpstliche Antwortschreiben auf die Huldigungsadresse des Katholikentages und teilt dann den wesentlichen Inhalt der bischöflichen und der übrigen Antwortschreiben mit. Sodann wird der Vorstand des Katholikentages gewählt. Präsident ist Graf Praschma, Reichstags- und Landtagsabgeordneter, erster Vizepräsident der Fabrikant Kommerzienrat Müller-Hoberg (M.-Gladbach), zweiter Vizepräsident der Arzt Dr. Burguburu (Straßburg). Zu Ehrenpräsidenten werden gewählt Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn und Landesrat a. D. Dr. Fritzen (Düsseldorf). Vor zwei Jahren in Essen machte man ein großes Wesen daraus, daß man einen Arbeiter, Herrn Giesberts, in das Präsidium berief; der also Begnadete pries in seiner Dankrede dieses Ereignis als einen Beweis für die Mündigkeit und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Diesmal muß sich der katholische Arbeiterstand mit einem vierten Schriftführer, wozu man den bayrischen Abgeordneten Oswald machte, begnügen.

Die geschlossenen Generalversammlungen, die am Vormittag stattfinden, dienen der Beratung der Anträge; diese müssen satzungsgemäß vier Wochen vor dem Katholikentag eingereicht werden. Ueber ihre Zulassung entscheidet das Lokalkomitee und das Zentralkomitee; der Antragsteller kann im Falle der Abweisung den Vorstand des Katholikentages (Präsidium, Schriftführer) zur endgültigen Entscheidung anrufen. Die Anträge werden in Ausschüssen vorberaten; solche Ausschüsse werden gebildet für die Freiheit der Kirche (Papst- und römische Frage, Missionen, Vereinswesen), für die christliche Gesellschaftsordnung (soziale Frage), für christliche Charitas und für christliche Bildung (Erziehung und Unterricht, Wissenschaft und Kunst, Presse). Die Sitzungen der Ausschüsse sind der Oeffentlichkeit nicht zugängig. Der Vorsitzende des Ausschusses hat laut Geschäftsordnung des Vorstandes darauf zu halten, daß der vertrauliche Charakter der Versammlungen gewahrt wird und zu diesem Zweck die Anfertigung von Aufzeichnungen über den Gang der Verhandlungen zu untersagen. Das Protokoll der Sitzung soll nur den Wortlaut der Anträge und der Beschlüsse enthalten; in dem vom Vorsitzenden des Ausschusses in der geschlossenen Sitzung der Generalversammlung zu erstattenden Bericht sollen Namensnennungen vermieden werden. Man sieht, die Katholikentage sind vor störenden Zwischenfällen genugsam gesichert. Die Anträge werden sorglich gesichtet und auf ihre Unschädlichkeit geprüft, ehe sie zugelassen werden. Die Arbeit in den Ausschüssen ist geheim, und sollten sich dort Meinungsverschiedenheiten ergeben, so ist dafür gesorgt, daß kein Laut davon in die Oeffentlichkeit dringt. Die Behandlung der Anträge in den geschlossenen Generalversammlungen ist sehr oberflächlich. Debatten finden kaum statt; zu den meisten Anträgen wird, nachdem sie die Ausschüsse passiert haben, nicht einmal das Wort ergriffen. So geht denn alles wie am Schnürchen; die mannigfachen Interessengegensätze im Klerikalismus sind für die Tage der Katholikenversammlung beiseite geschafft und damit alle Bürgschaften gegeben, daß von den Rednern in hohen Tönen das Lied von der unüberwindlichen Macht und unzerstörbaren Einigkeit des Katholizismus gesungen werden kann.

* * *

Gestern demonstrierten die katholischen Proletarier zu Ehren des Klerikalismus, heute mittag demonstrierten die Sprößlinge der katholischen Bourgeoisie: die katholischen Verbindungsstudenten. Leider sind, wie so oft noch, die Besitzenden die schlaueren. Wenn die Sprößlinge der katholischen Bourgeoisie für den Klerikalismus demonstrieren, so lohnt sich das für sie; er ist eine der kräftigsten Stützen des Systems, dessen Nutznießer sie dereinst zu werden hoffen, und ist gegenwärtig das Zentrum auch etwas außer Kurs gesetzt, bald ist es — mit oder ohne Bülow — wieder regierende Partei, und der Platz an der Staatskrippe steht seinen Schützlingen wieder frei. Aber weshalb demonstrieren die katholischen Arbeiter für den Klerikalismus, der für sie nichts als Vertröstungen auf das Jenseits, einige Brockenspenden für das Diesseits, im übrigen aber nur die Ausrede hat, daß es immer Arme und Reiche auf Erden gegeben hat und nach Gottes Willen auch weiter geben wird, daß die Armut eine Tugend und das Jammerleben ein Verdienst mit der Anwartschaft auf den Himmel ist! Warum haben die Macher des Katholikentages nicht den Arbeiterumzug und die Studentenfahrt, den Festzug des Elends und den Festzug des Reichtums vereinigt; weshalb haben sie nicht jedem Wagen mit den geputzten und geschniegelten Zentrumssäuglingen einen Trupp von Elend und Arbeit ausgemergelten Proletariern aus den rheinisch-westfälischen Fronfesten des Kapitals folgen lassen? Die Herrlichkeit der bestehenden Weltordnung und der Segen der christlichen Sozialpolitik hätte nicht besser zum Ausdruck gebracht werden können.

Die Pracht und Größe einer Katholikentagsfesthalle hat ihre Nachteile. Die Redner, auch die stimmkräftigsten, haben Mühe, den Anforderungen des Raumes gerecht und von all denen, die für ihre Mark Eintrittsgeld auch etwas haben wollen, verstanden zu werden. Heute aber, in der ersten öffentlichen Generalversammlung läßt sich's besonders traurig an. Ein starker Regen prasselt aufs Holzdach und gegen die leichten Wände der Festhalle; auf den Galerien, dann auch im Saale und schließlich auch auf der Tribüne, wo die hohen Herren der Kirche und des Zentrums sitzen, spannen sich Schirme auf. Es regnet durch. Graf Praschma, der Präsident, der eine lange Rede zum Lobe des Papsttums hält, kämpft mit dem Aufgebot seiner ganzen Lungenkraft gegen das immer stärker werdende Regengeprassel. Vergebens, er bricht seinen Vortrag ab. Um über die unbequeme Lücke im Programm wegzukommen, stimmt die Versammlung den Sang vom „wahren Christentum" und das „Großer Gott, wir loben Dich" an ...

Der jetzige Katholikentag steht unter dem Zeichen des fünfzigjährigen Priesterjubiläums des gegenwärtigen Oberhauptes der römischen Kirche. Die Verherrlichung des Papsttums, den Verdiensten der Kirche, dem Segen des Glaubens sind die Reden der öffentlichen Versammlungen gewidmet. Dem ersten Redner des heutigen Abends, Professor Mausbach (Münster), ist die heikle Aufgabe geworden, die päpstliche Enzyklika wider den Modernismus als eine Weisheit und Großtat der Kirche zu preisen. Mausbach, der ein geschickter und lungenkräftiger Redner ist, geht zeitweise in dem dauernden Wüten der Elemente unter. Der Redner verurteilt den Modernismus, dessen Fehler er darin sieht, daß er die Zustände des Durchgangs, der Unreife als das Allgemein- und Endgültige ansieht. Er findet sich mit dem vermittelnden Ausweg ab, daß die Kirche die Wissenschaft zu fördern und ihre Lehre dem Bewußtsein der Gebildeten näherzubringen habe, aber das Dogma und die Autorität der Kirche müsse vor aller Anfechtung gesichert sein. Mausbachs Rede ist im Grunde nichts als eine gelehrte Umschreibung des Wortes des Präsidenten des vorigen Katholikentages: „Ist die Forschung Sache der Wissenschaft, so ist die Entscheidung Sache des kirchlichen Lehramtes". Die Ausführungen des gelehrten Professors blieben zwar bei dem Regengerassel und bei der im Glauben mehr als im Wissen starken Qualität der Zuhörer im allgemeinen unverstanden, aber der übliche „brausende, nicht endenwollende Beifall" machte dennoch die Festhalle erzittern.

Ueber den Segen des Katholizismus redete Reichstagsabgeordneter Dr. Bitter-Kiel. Es versteht sich, daß ein

Katholikentagsredner, der eine solche Aufgabe übernimmt, nicht um Gründe verlegen ist, um zu beweisen, daß im Katholizismus von jeher alle Kultur lag und liegen wird. Der Redner stattete jeden seiner Sätze mit dem gewichtigen und hitzigen Pathos eines Kreuzzugspredigers aus, und als er seine Rede mit dem Ausrufe schloß: „Fürchte Gott und halte seine Gebote — das ist göttlicher und zugleich natürlicher Kulturfortschritt, das schließt in sich die wahre Vaterlandsliebe, die Höhe des Glückes hienieden" — da brauste wieder mal der langanhaltende Beifall mit Hochrufen und Händeklatschen durch den Raum der Festhalle.

* * *

Der Katholikentag hat heute morgen durch die geschlossene Generalversammlung ein Huldigungstelegramm an den Papst und den Kaiser abgehen lassen. Während der Rede Mausbachs traf heute abend die Antwort ein. Der Präsident unterbrach den Redner und verlas das im übrigen höchst förmliche Telegramm des Kaisers. Brausender Beifall mit dreifachem Kaiserhoch. Der Klerikalismus legt Wert darauf, daß er sich an Königstreue und Achtung vor der Monarchie von niemandem übertreffen läßt.

Zur Lage in der Türkei.

— Deutsche wie englische Zeitungen preisen die Erfolge der Cronberger Zusammenkunft, namentlich in bezug auf das Verhalten beider Großmächte zur türkischen Revolution. Auf Grund amtlicher Informationen teilen die Zeitungspolitiker mit, daß nunmehr „Deutschland und England sich in herzlicher Uebereinstimmung befinden hinsichtlich des Wunsches, der neuen türkischen Regierung alle mögliche Unterstützung für die Regenerierung des Landes von innen heraus zu gewähren". Wenn diese „herzliche Uebereinstimmung" von Dauer ist, so bedeutete das einen erheblichen Fortschritt. Man brauche sich nur zu erinnern, welche „Nervosität" England vor zwei bis drei Monaten gezeigt hat, als der türkische Sultan die deutschen Projekte zur Vollendung der Bagdadbahn genehmigte, und mit welcher Gehässigkeit in deutsch-patriotischen Kreisen die Tatsache besprochen wurde, daß „England mit seinen Kriegsschiffen und durch seinen Handel den ganzen Persischen Golf beherrscht".*) Ob sich diese Gegensätze zwischen Deutschland und England durch die von der neuen türkischen Regierung versprochene Politik „der offenen Tür" beseitigen lassen, wird die Zukunft zeigen. Vorläufig darf man allerdings annehmen, daß die Türkei für einige Zeit keine Komplikationen von irgendeiner der „Großmächte" zu befürchten hat. Die Lage der neuen türkischen Regierung ist also auch in dieser Hinsicht gesichert — wenigstens für die nächste Zeit.

Die reaktionäre Kamerilla also besiegt und machtlos, der „äußere Frieden" einigermaßen gesichert — die jungtürkischen Konstitutionalisten könnten demnach ruhig der Zukunft entgegenblicken. Allein der „innere Frieden" läßt noch vieles zu wünschen übrig.

Schon in unserem ersten Artikel über die türkische Revolution haben wir auf die Mängel des jungtürkischen Programms und der jungtürkischen Bewegung hingewiesen: auf den ausschließlich militärischen Charakter der Bewegung und fast ausschließlich politischen Charakter des Programms. Das Programm nimmt viel zu wenig Rücksicht auf die sozial-ökonomischen und nationalen Bedürfnisse der großen Massen der Bevölkerung; die Volksmassen nahmen daher beinahe keinen Anteil an der Bewegung.

Jetzt beginnen sich die Folgen der Einseitigkeit des jungtürkischen Programms bereits zu zeigen: in den Volksmassen — nicht nur in den christlichen, sondern auch in den rein türkischen — macht sich ein gewisses Mißtrauen in die neuen Verhältnisse und die neue Regierung geltend. Die Streikbewegung der Hafen-, Tabakregie- und Straßenbahnarbeiter, sowie der drohende Streik auf der Anatolischen Eisenbahn zeigen deutlich genug, daß auch für das Ottomanische Reich die Zeiten vorbei sind, wo sich politische Umwälzungen vollziehen können, ohne daß dabei die Lohnarbeiterschaft ihr Wörtchen mitspricht; auch bei der Bauernschaft, namentlich in Mazedonien und Albanien, scheint eine bedenkliche Wendung in ihrem Verhalten zur jungtürkischen Partei eingetreten zu sein. Die sozial-ökonomischen und nationalen Fragen (in Mazedonien hat heutzutage auch die nationale Frage einen vorwiegend ökonomischen Charakter) treten in den Vordergrund des politischen Lebens und verlangen gebieterisch eine sofortige Lösung. Die junktürkischen Konstitutionalisten aber scheinen diesen großen Aufgaben nicht gewachsen zu sein. Sie scheinen die Wichtigkeit dieser Fragen zu unterschätzen, indem sie, ohne ihr Programm wesentlich zu ändern, zu wirkungslosen „Beruhigungsmitteln" greifen. Die Mazedonier gedenken sie durch unbestimmte Versprechungen und halbverhüllte Drohungen**) zu beschwichtigen, die streikenden Arbeiter durch Vermittelung bei den Arbeitgebern und durch ebenso unbestimmte Verheißungen zu beruhigen. Das jungtürkische Komitee erklärte nämlich den streikenden Arbeitern, daß die bevorstehende Parlamentssession sich „auch mit ihren (der Arbeiter) Wünschen und Forderungen beschäftigen werde". In welcher Weise aber die jungtürkische Partei selbst zur Lösung der Arbeiterfrage im Parlamente beitragen will, darüber sagt das Komitee kein Wort; auch in den Vorschlägen zur Aenderung einiger Punkte des Programms nicht. Die junktürkische Partei will auch jetzt, wie bisher, weder den Arbeiterschichten, noch den verschiedenen Nationalitäten gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernehmen. So lange aber sie in diesen Fragen nicht ein ebenso radikales Programm, wie in rein politischen Fragen, aufstellt, kann der Sieg der türkischen Konstitutionalisten trotz aller äußeren Erfolge nicht als dauernd befestigt angesehen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. August 1908.

Die Gelben und die Christlichen.

Bekanntlich sind die christlichen Gewerkschaften von den Ultramontanen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Werk gesetzt worden. Der Klerikalismus mußte dem Organisationsbedürfnis der Arbeiter Rechnung tragen und so gründete das Zentrum denn Mitte der neunziger Jahre christliche Gewerkschaften, um zu verhüten, daß sein proletarisches Gefolge Anschluß bei den bestehenden Verbänden der klassenbewußten Arbeiterschaft suchte und damit den Weg zur Sozialdemokratie fand. Zu diesem Zwecke wurde den gläubigen Arbeitern vor der umstürzlerischen, staats- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie graulich gemacht, die es nur auf die Verhetzung, die Verelendung der Arbeiter abgesehen habe; die bestehenden Gewerkschaften galten als „Streikvereine", die den Kampf des Kampfes wegen trieben und als Handlanger der Sozialdemokratie dem allgemeinen Umsturz in die Hände arbeiteten. Demgegenüber waren die christlichen Gewerkschaften für die soziale Versöhnung zwischen Unternehmer und Arbeiter bestimmt, der Ausgleich der Interessen war ihre Aufgabe und in friedlichem Einvernehmen, unter sorglicher Beratung mit ihren geistlichen und weltlichen „Ehrenräten" wollten sie das Wohl und die Rechte der Arbeiter fördern.

Aus diesen schönen Träumen sind nun die christlichen Gewerkschaften durch die rauhe Hand der Wirklichkeit bald verscheucht worden. Die Spekulation auf das gute Herz des Unternehmertums erwies sich als falsch; sie wurden, als sie „zum Ausgleich der Interessen" Forderungen stellten, schnöde abgewiesen und sahen sich, so sehr sie das Wort auch verpönten, zum Klassenkampf getrieben, um sich nicht selber aufzugeben. Den Standpunkt, den sie ehemals einnahmen, nimmt jetzt eine andere Organisation ein, die Gelben, und es ist auffallend, wie genau die Polemik, mit der sich in gewissen Gegenden die Gelben gegen die Christlichen wenden, derjenigen gleicht, die ehemals von den Christlichen gegen die Sozialdemokraten geübt wurde. Im Saarrevier haben die Gelben vorwiegend mit den Christlichen zu tun, sie führen dort einen erbitterten Kampf mit einander. In Wehrden fand nun dieser Tage eine Versammlung von Arbeitern der Röchlingschen Werke statt, worin für die gelben Gewerkschaften, die von der genannten Firma eifrig begönnert werden, die Werbetrommel gerührt wurde. In dieser Versammlung wurde nach dem Bericht der „Völklinger Zeitung" ausgeführt, daß die gelben mit den freien und den christlichen Gewerkschaften das Bestreben gemein haben, die Hebung des Arbeiterstandes zu erreichen. Der Unterschied liege in der Verschiedenheit der Wege, auf denen diesem Ziele zugestrebt werde. Dann heißt es:

„Die „christliche" Gewerkschaft glaubt, daß nur dann für den Arbeiter etwas getan ist, wenn es auf Kosten der Unternehmer geschieht. Dementsprechend hetzen sie gegen die Unternehmer in allen Tonarten und vornehmlich im Saargebiet gegen die Industrie, der doch sowohl wir, wie auch die „christliche" Gewerkschaft nur dankbar sein können. Das ist der Kernpunkt der großen Arbeiterbewegung, wie wir sie hier an der Saar haben."

Und genau wie die Christlichen mit Vorliebe sich als die Opfer des „sozialdemokratischen Terrorismus" hinzustellen lieben, müssen sie selber jetzt erleben, daß die Gelben an der Saar über den Terrorismus der Christlichen jammern. In dieser Beziehung führte der Redner aus:

„Wer nicht eben der Gewerkschaft angehörte, wurde von den Arbeitskameraden gemieden, nicht allein draußen in seinen Mußestunden, sondern auch auf der Arbeitsstelle. Es sind Fälle bekannt, wo solchen Arbeitern die Wohnung gekündigt wurde, man beschimpfte und bedrohte sie, ja, wenn die Gelegenheit kam, gab man ihnen Hiebe, man stahl ihnen das Werkzeug weg auf der Arbeitsstelle, kurzum, man trieb ihnen allen Schabernack, bis sie endlich so mürbe waren, daß sie der Gewerkschaft beitraten."

Der Redner der Gelben verurteilte dann noch das Verhalten der Christlichen gegenüber den Wohlfahrtseinrichtungen der Firma und schloß seine Rede mit folgenden Worten:

„Wir haben unsere Freiheit gerade so gut wie die Christlichen und wir tun, was wir für gut halten. Wenn wir ein friedliches Verhältnis zu den Unternehmern pflegen, so tun wir dies aus der Ueberzeugung, daß es das beste für uns ist. Wir haben manches erreicht und wahrlich mehr als die Christlichen und wir hoffen, daß wir im Einvernehmen mit der Hütte noch weit mehr erreichen werden. Wir haben das Vertrauen zu unserer Hütte, daß wir auf diesem friedlichen Wege viel weiter kommen, als wenn wir den Verhetzungen der christlichen Gewerkschaft Gehör schenken wollten."

Wer die ersten Jahre der christlichen Gewerkschaften mitgemacht hat, der wird finden, daß die Gelben genau in derselben Weise gegen die Christlichen vorgehen, wie diese ehemals gegen die sozialistischen Organisationen. Die christlichen Gewerkschaften haben deshalb durchaus keinen Grund, so ingrimmig gegen die Gelben loszuziehen. Sie sollten an ihre eigenen Jugendsünden denken und nicht vergessen, daß es noch gar nicht so lange her ist, wo sie genau so dachten und handelten, wie es jetzt die Gelben tun. Uns scheint, daß die Christlichen deshalb so eifrig ihre Abneigung gegen die Gelben kundgeben, um die innere Seelenverwandtschaft zu verleugnen. —

Generalversammlung des Weinbauvereins.

Die Generalversammlung des Weinbauvereins in Eltville setzte die Beratung der Weingesetzvorlage fort. Es wurden Zusätze beschlossen, wonach Verschnittweine nach den Lagen genannt werden dürfen, aus denen die Hauptbestandteile des Verschnittweines stammen.

Weiter wurde der Wunsch geäußert, daß die Buchkontrolle sich möglichst einfach gestalten soll.

Für den Paragraphen, welcher die Bundesratsermächtigung betrifft, wird die folgende Fassung vorgeschlagen:

„Der Bundesrat ist ermächtigt, Grundsätze aufzustellen für den Vollzug des Gesetzes, insbesondere für die Bestellung von geeigneten Sachverständigen und die Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit. Die Grenzen und die Bezeichnung der Weinbaugebiete zu bestimmen, sowie Vorschriften zur Sicherung der Ueberwachung zu erlassen, ist er ferner befugt. Insbesondere soll er Anordnung erlassen über die Anzeige des jährlichen Ergebnisses der Traubenernte, sowie die Anzeige der Absicht, Traubenmaische, Traubenmost oder Wein zu zuckern. Der Verkehr mit Getränken, die bei Verkündigung des Gesetzes bereits hergestellt waren, soll nach den seitherigen Gesetzen zu beurteilen sein."

Zum Schluß wurde einstimmig nachstehende Resolution angenommen:

„Die in Eltville tagende Generalversammlung des „Deutschen Weinbauvereins" spricht sich einstimmig gegen eine Weinsteuer in jeder Form aus; auch gegen die Flaschenweinsteuer, die den besonders hart bedrängten Qualitätsbau schwer treffen müßte."

Blockbrüder unter sich.

Die sächsischen Konservativen hatten es unangenehm empfunden, daß die in Sachsen gewählten nationalliberalen Abgeordneten auch in der politisch stillen Zeit die Agitation betreiben. Die „Sächs. polit. Nachr." hatten sogar gedroht, den Nationalliberalen, wenn sie dieses Treiben nicht einstellen, künftig die Wahlhilfe zu entziehen. Die Konservativen sind sich natürlich darüber klar, daß die nationalliberale Agitation auf ihre Kosten geschieht.

Ganz piliert antwortet nun die „Nationalzeitung":

„Aber wer verwehrt denn den Konservativen die Entfaltung gleicher Tätigkeit zur Sicherung des Besitzstandes und zur Sammlung der Anhänger? Weshalb bringen denn die Konservativen an Geld und Zeit nicht die gleichen Opfer wie die Nationalliberalen, um die Geschlossenheit und die Schlagkraft ihrer Partei zu stärken? Es bleibt ihnen ja jederzeit unbenommen, in offenem, ehrlichen Wettbewerb den Nationalliberalen entgegenzutreten, aber es ist freilich bequemer, mit Hilfe der nationalen Mischmaschvereine an patriotischen Festtagen große Feiern zu veranstalten, als in ernster, politischer Kleinarbeit an Werktagen hinauszupilgern und auch in kleinen und kleinsten Orten Sinn und Verständnis für eine bestimmte, klarumschriebene Weltanschauung zu wecken."

Damit der Geschichte der Humor nicht fehlt, sei bemerkt: Die „National-Zeitung" wird aus dem Satz der freikonservativen „Post" hergestellt. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß die „National-Zeitung" anderthalb Seiten nationalliberalen, die „Post" ebensoviel konservativen Text hat. Wie nun, wenn der Metteur einmal die Platten verwechseln sollte? —

Zur Reichstagsnachwahl in Speyer-Ludwigshafen.

Die Größen des Zentrums scheinen sich noch nicht entschieden zu haben, ob sie eine Kandidatur des Grafen Posadowsky in Speyer-Ludwigshafen unterstützen wollen oder nicht. Nach den Auslassungen der „Germania" konnte man annehmen, das Zentrum sei der Aufstellung Posadowskys als Mischmaschkandidaten nicht abgeneigt. Dagegen schreibt gestern die „Köln. Volksztg.":

„Zu unserer großen Ueberraschung lesen wir in auswärtigen Blättern, daß die Zentrumspartei unseres Wahlkreises eine Kandidatur des Grafen Posadowsky abgelehnt habe. Das ist durchaus unrichtig. An das Wahlkomitee der Zentrumspartei ist von keiner Seite ein Ersuchen um Unterstützung einer Kandidatur des Grafen Posadowsky gerichtet worden. Schon aus diesem Grunde konnte eine Ablehnung nicht erfolgen. Das Wahlkomitee hat zur Kandidatenfrage überhaupt noch keine Stellung genommen. Was also über seine Stellung zu irgend einem der bisher genannten Kandidaten gesagt wurde, ist nichts weiter als müßiges Gerede ohne Unterlage."

Erzbischof Fischer und die christlichen Gewerkschaften.

Antonius Fischer, der Kölner Erzbischof, hat auf dem Katholikentage in Düsseldorf auf die Vorgänge in der internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich angespielt. Er sagte:

„Es sind jüngst in einer Versammlung, die sich auch mit den Arbeiterinteressen beschäftigte, einige harte Worte gefallen in bezug auf die Bischöfe, die mein für die arbeitende Bevölkerung warm schlagendes Herz tief betrübt haben. Ich nehme an, daß sie nicht so bös gemeint waren, weiß aber und habe es heute wieder erfahren, daß das eigentlich arbeitende Volk, die katholische arbeitende Bevölkerung, treu steht zu den Bischöfen und treu zu den Priestern, die die Bischöfe ihnen senden."

Kardinal Fischer scheint die Herren Giesberts, Schiffer, Wieber usw. nicht mehr zum „eigentlich arbeitenden Volke" zu rechnen. —

Die Witwen- und Waisenversicherung.

Am 1. Januar 1910 soll bekanntlich die Witwen- und Waisenversicherung in Kraft treten. Wir haben das stets bezweifelt, und in diesem Zweifel werden wir bestärkt durch eine Auslassung der „Deutschen Tageszeitung", die dahin geht, daß die Vorlegung des Gesetzentwurfes zu Ostern 1909 nicht zu erwarten sei. Es steht noch nicht im mindesten fest, wann der Entwurf fertiggestellt werden kann, noch viel weniger, wann er dem Bundesrate und dem Reichstage zugehen wird. Daraus folgt, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes noch im Dunklen liegt. Soll das Gesetz 1910 in Kraft treten, dann muß es in dem in diesem Herbst beginnenden Tagungsabschnitt des Reichstages vorgelegt und verabschiedet werden. Daran scheint man in der Tat nicht zu denken und das ist schließlich auch erklärlich. Die für diese Versicherung zurückgelegten Summen könnte das Reich recht gut für andere, nicht kulturelle Zwecke gebrauchen. Außerdem läßt die besitzende Klasse diese Versicherung als eine neue Belastung auf. Dazu kommt, daß die Städte nicht darauf eingehen wollen, die städtischen indirekten Steuern auf Lebensmittel ab 1. Januar 1910 in Wegfall kommen zu lassen. Man wird sonach keineswegs um Gründe verlegen sein, die eine Hinauszögerung des fraglichen Gesetzes rechtfertigen sollen. Handelt es sich um Heeres- und Flottenvorlagen, dann haben es Regierung und Reichstag furchtbar eilig, hier aber, wo es sich um die Aermsten der Armen, um die Witwen und Waisen der Arbeiter handelt, pressiert die Sache nicht.

Gespannt sein kann man auf die Haltung der Zentrumsleute, die wegen der Lebensmittelverteuerung ihr Gewissen damit salvierten, daß ein Teil des Zollraubes zu dem gedachten Zweck Verwendung finden werde. Im letzten Wahlkampf haben die bürgerlichen Parteien ganz besonders auf diese Versicherung hingewiesen und nun soll die Sache auf die lange Bank geschoben werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden nicht verfehlen, Regierung und bürgerliche Parteien in der nachdrücklichsten Weise an die Erfüllung ihres Versprechens zu erinnern.

Falsche Aussagen im Borussia-Prozeß.

Die „Bergarbeiter-Zeitung" veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer sensationelle Mitteilungen. Danach sollen in dem Prozeß, der wegen des vor drei Jahren auf Zeche „Borussia" ausgebrochenen Schachtbrandes gegen den Betriebsführer Küper vor der Dortmunder Strafkammer geführt wurde, wissentlich falsche Aussagen zugunsten der Zechenverwaltung gemacht worden sein. Es sollen sich Beamte gegenseitig des Meineides und der Verleitung zum Meineide bezichtigt haben. Die „Bergarbeiter-Zeitung" bietet der Bergbehörde und der Staatsanwaltschaft die Namen der Zechenbeamten und sonst in Frage kommenden Personen an und fordert die genannten Behörden auf, der Sache auf den Grund zu gehen. —

Schückings Abgang?

Der „Voss. Ztg." wird aus Husum geschrieben, daß der stellvertretende Bürgermeister von Westerland, Dr. Bahrfeldt, von seiten der Regierung befragt worden ist, ob er gegebenenfalls die Bürgermeisterstelle von Husum annehmen würde. Man scheint also in Regierungskreisen mit dem Abgang Schückings, dem mittlerweile der wiederholt nachgesuchte Urlaub bewilligt worden ist, als feststehender Tatsache zu rechnen. —

Ein zufriedener Arbeiterführer.

In einer der Arbeiterversammlungen, die am Sonntag nach dem Arbeiterfestzug auf dem Düsseldorfer Katholikentage stattfanden, redete auch der christliche Arbeiterführer Stadtverordnete Meyer-Düsseldorf. Er sagte u. a.: „Man war früher gewohnt, wenn man vom Arbeiter redete, darunter den armen gedrückten Mann des Volkes zu verstehen, mit dem man Mitleid haben müsse, in dessen Lage sich nicht zu befinden als eine besonders günstige Fügung des Schicksals anzusehen sei. Geringe Löhne, unbegrenzte Arbeitszeit, mißliche Wohnungsverhältnisse, dazu Unsicherheit des Verdienstes und volle Abhängigkeit von dem, in dessen Dienste man arbeitet, geben Anlaß zu solcher Meinung. Wir dürfen mit freudigem Danke gegen Gott heute sagen: die materielle Lage des Arbeiters hat sich gegen früher gehoben. Staatshilfe und Selbsthilfe waren die beiden großen Mittel, die das bewirkt haben."

Herr Meyer muß zwar gestehen, daß „Rückschläge in dem materiellen Aufstieg der Arbeiter nicht zu verhüten" sind; er erinnert an die gegenwärtige Krise, aber er tröstet sich damit, daß sie hoffentlich bald ihr Ende erreicht und außerdem treffe die Krise nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Unternehmer und die ganze Industrie, und trotz alledem bleibt die Tatsache, daß im allgemeinen gegen die früheren Zeiten ein merkenswerter Aufschwung des Arbeiterstandes erfolgte.

Man ist versucht zu fragen: Lebt denn der christliche Arbeiterführer Meyer auf dem Monde oder im rheinisch-westfälischen Industriegebiete, daß er es wagen kann, die Sache so darzustellen, als ob die Zeit der geringen Löhne, der überlangen Arbeitszeit, der mißlichen Wohnungsverhältnisse, der Unsicherheit der Lage und der persönlichen Unfreiheit für den Arbeiter vorbei wäre? —

---

*) „Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik", XXX. Jahrgang, Heft 9, Juni 1908.

**) In bezug auf die „bulgarischen Banden" in Mazedonien hat ein angesehener Jungtürke ausdrücklich erklärt, daß, falls sich diese „von neuem zu formieren versuchen", so werde sie die türkische Regierung „zu vernichten die Kraft haben, da hinter der Regierung jetzt das ganze türkische Volk steht". („Berl. Tageblatt", Nr. 413.)

Eine Kriegervereinsfäuberung en gros

hat der Veteranen- und Kriegerverein in Weißstein bei Waldenburg vorgenommen, indem er nicht weniger als 60 seiner Mitglieder die Mitteilung zugehen ließ, daß sie nach § 3 der Satzung aus dem Verein ausgeschlossen seien, falls es ihnen nicht möglich sei, den Nachweis zu führen, daß sie bei der letzten Landtagswahl nicht sich „öffentlich als Anhänger der Sozialdemokratie bekannt" haben, indem sie deren Wahlmännern ihre Stimme gaben. Einen besonders pikanten Reiz bekommt diese große Wäsche dadurch, daß die Ausgeschlossenen meist Arbeiter der Fuchsgrube sind, deren einer Steiger der Vorsitzende und deren Bergverwalter der Schriftführer des Kriegervereins ist. —

England.

Die angebliche Zwei Milliarden-Flottenanleihe.

Die Meldung von der Zwei Milliarden-Anleihe für Flottenrüstungen wird von der „Daily News" als eine blödsinnige Ente bezeichnet. Die Finanzwelt wisse nichts von dem Plane, Lord Rothschild verlache die ganze Geschichte als Erfindung. Der „Daily Expreß" dagegen hält die Meldung aufrecht.

Die „Daily News" ist ein ernsthaftes politisches Blatt entschieden liberaler Färbung, während der „Daily Expreß" zur Gruppe der sogenannt unparteiischen Sensationsblätter gehört. —

Belgien.

Preßkorruption.

Das Brüsseler Blatt „Patriote" hat kürzlich aufgedeckt, daß der Kongostaat in Deutschland ein Preßbureau unterhielt, das in den Händen belgischer Konsuln lag und den Zweck hatte, deutsche Zeitungen durch Bestechungen zu günstigen Artikeln über den Kongostaat zu veranlassen. Am Montag hat das Blatt die Enthüllungen fortgesetzt. Auf Grund von Dokumenten wird nachgewiesen, daß der Kongostaat auch in Italien, Oesterreich und den Vereinigten Staaten Preßbureaus unterhielt mit dem Zweck, Zeitungen zu bestechen. Als Generalsekretär des deutschen Preßbureaus war der Konsul Kulho-Frankfurt/Main angestellt. Nach Berechnungen des Blattes wurden im Jahre 1905 dem Generalkonsul Sterb 80 000 Fr., Kulho und seinem Assistenten 9500 Fr. zugestellt. Der Chefredakteur eines Wiener Blattes erhielt 8400 Fr. Auf Italien entfallen etwa 80 000 Fr., davon 6000 für einen Deputierten; ein englischer Schriftsteller erhielt 18 000 Fr.

Wer waren die Empfänger der Bestechungssummen? Das Brüsseler Blatt würde sich ein Verdienst erwerben, wenn es die Namen der betreffenden Zeitungen angeben würde.

Holland.

Der Konflikt mit Venezuela und die Union.

In einer Unterredung des amerikanischen Gesandten Beaupré im Haag mit dem holländischen Minister des Aeußeren über den Konflikt zwischen den Niederlanden und Venezuela wurde vereinbart, daß Amerika sich einer niederländischen Aktion nicht widersetzen werde, wenn diese sich auf eine Blockade und andere maritime Maßnahmen beschränke. Eine militärische Besetzung von Venezuela soll ausdrücklich ausgeschlossen sein. — Die Presse ist im großen und ganzen mit dem Ergebnis der Konferenz einverstanden. Der Kreuzer „Friesland" wird am 1. September nach Venezuela abgehen. —

Rußland.

Todesurteile.

Das Kriegsgericht in Warschau hat am 17. August zwei, das zu Lodz drei Todesurteile gefällt. Die Lodzer Urteile wurden sofort vollstreckt.

Eine Zusammenstellung des „Rjetsch" ergibt, daß in dem ersten Halbjahr 1908 nach den Zeitungen — die durchaus nicht alle Fälle vermelden — 856 Todesurteile gefällt und 330 Hinrichtungen vollzogen wurden. Die geringere Zahl der verzeichneten Hinrichtungen erklärt sich aus dem Umstand, daß die Exekutionen meist nachts erfolgen und geheim gehalten werden. In Wirklichkeit wird die Zahl der Hinrichtungen hinter der der Todesurteile nicht weit zurückgeblieben sein.

Die gräßlichen Zahlen zeigen den Wert der Versicherung des Ministerpräsidenten Stolypin, die der Friedensapostel Stead gläubig hingenommen hat, daß gegenwärtig „bloß" 15 Hinrichtungen pro Monat vorgenommen werden. —

Türkei.

Der innere Friede gebrochen.

Ueber London wird gemeldet, daß die griechische Regierung bei dem türkischen Gesandten in Athen Protest gegen Greuel erhoben hat, die von bulgarischen Banden nach Erlaß der türkischen Verfassung an griechischen Untertanen begangen sein sollen. Eine türkische Kommission hat darauf im Morislovodistrikt eine bulgarische Bande festgenommen, die einen Druck auf griechische Dörfer ausgeübt haben soll. Möglicherweise steht das Vorgehen dieser Bande im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Verhandlungen der Jungtürken mit den Vertretern der sogenanten „inneren bulgarischen Organisation" noch zu keiner befriedigenden Vereinbarung über die gegenseitigen Forderungen geführt hat, während die Jungtürken mit einem anderen Flügel der mazedonischen Bulgaren, der von Sandouski geführt wird, ein Abkommen getroffen haben. Infolgedessen kämpfen jetzt Bulgaren gegen Bulgaren; kürzlich wurde auf die Angabe eines Angehörigen der Sandouski-Organisation eine Bande der inneren Organisation aufgehoben.

Die Honigwochen der türkischen Revolution haben also nicht lange gedauert. Die Nationalitätenfrage wird sich — sehr natürlicherweise — nicht von selbst lösen, sondern die Jungtürken werden sich um ihre Lösung ernstlich bemühen müssen. Zugleich macht der Regierung die Finanzfrage bittere Sorgen. Die Komitees sollen erwägen, ob der Sultan aufzufordern wäre, von seinem Vermögen größere Beträge für die Staatskasse herzugeben. Das wäre ganz angebracht, da der Sultan unter dem alten Regime riesigen Summen „gesammelt" hat, während die Staatskasse, in die sie von rechtswegen gehörten, beständige Ebbe zu verzeichnen hatte. Eine heikle Aufgabe ist die Säuberung der Aemter von den überflüssigen Beamten. Es lassen sich mit einem Schlage durch eine vernünftige Neuordnung der Verwaltung gewaltige Summen ersparen und zugleich eine regelrechte Gehaltszahlung für alle Beamten einführen — die meisten von ihnen, die nicht von Mächtigen protegiert wurden, erhielten bisher im Jahre nur für einige Monate Gehalt.

Bedenklich ist aber für die Regierung die große Zahl der Subsistenzlosen, die auf diese Weise getroffen werden und die sicherlich die Feinde der Konstitution verstärken würde. Die Regierung denkt daher an eine eventuelle Abfindung der Entlassenen.

Das Programm der Jungtürken.

Das jungtürkische Komitee zu Saloniki hat sein Wahlprogramm festgesetzt. Es fordert ein neues Regierungssystem begründet auf den Parlamentarismus. Der Unterricht soll in der Sprache erteilt werden, die von der Mehrzahl der Bevölkerung des betreffenden Distrikts gesprochen wird. Der Unterricht an den Mittelschulen soll in türkischer Sprache erteilt werden, desgleichen der Unterricht an höheren Schulen. Die Wehrpflicht soll für alle Bürger obligatorisch sein, die europäische Kontrolle abgeschafft werden.

Auf Grund der sehr knappen Meldung des Telegraphen läßt sich noch nicht feststellen, ob die Jungtürken wirtschaftliche Reformen in ihr Programm überhaupt nicht aufgenommen haben. —

Zur Parteidebatte.

Die

„Fränkische Tagespost"

vertritt den Standpunkt, daß der Kern aller Parteikonflikte der letzten Jahre und auch der jetzigen Budgetdebatte in persönlichen Feindseligkeiten liege. Sie schreibt:

„Es wühlt seit einigen Jahren in der deutschen Partei ein Gifttropfen persönlicher Zersetzung und Verhetzung. Und diese persönlichen Gegnerschaften mit ihren häufig durchaus nicht idealen Motiven können um so verhängnisvoller wirken, als sie selbstverständlich immer die Maske des prinzipiellen Gegensatzes vornehmen. Es liegt umgekehrt, wie manche zankfrohe Genossen behaupten: Nicht weil wir prinzipielle Gegensätze haben, verfeinden wir uns persönlich, sondern weil wir persönlich verfeindet sind, entdecken und verschärfen wir prinzipielle Gegensätze. Wenn zwei Leute, mit einander befreundet, über eine Frage sachlich auseinander geraten, so verständigen sie sich leicht. Wenn sie aber sachlich im Grunde übereinstimmen, jedoch persönlich Widersacher sind, so werden sie sich nie verständigen und außerordentlich erfinderisch und unversöhnlich in der Hervorhebung sachlicher Verschiedenheiten sein, die gar nicht existieren."

Das ist genau dieselbe Weisheit, die Genosse Eisner, offenbar der Verfasser dieses Artikels, auch vor drei Jahren und schon früher zum besten gegeben hat. Aber so sehr sie subjektiv begründet sein mag, die objektive Berechtigung dieser ungemein ethisch-ästhetischen Theorie wird höchstens noch von ein paar „zankfrohen" Genossen anerkannt werden, die indes nicht einmal auf der Seite derjenigen zu suchen sind, die den Disziplinbruch und die Budgetabstimmung gebührend gekennzeichnet haben. Urteilt doch auch ein Redakteur der „Dresdener Volkszeitung", Genosse H. F. (Fleißner?), über den angeblichen „schlechten Ton" des „Vorwärts" und anderer Parteiblätter:

„Einige Parteiblätter befolgen gegenüber dem Verhalten der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten die der bekannten Wanzentaktik gleichkommende Methode, über den schlechten Ton zu greinen, der von „Vorwärts", „Leipziger Volkszeitung" usw. angeschlagen sein soll. Gegen diese Art, die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abzulenken, muß entschieden Verwahrung eingelegt werden! Wenn jemals, dann war in diesem Falle am Platze, das Kind beim rechten Namen zu nennen, statt sich über „barschen Ton" und „solchen Alarm" usw. zu beklagen. Wer es aus der Haltung fast der gesamten sozialdemokratischen Presse noch nicht ersehen haben sollte, der wird nach einem Blick in die bürgerlichen Blätter doch wohl die außerordentliche Wichtigkeit des süddeutschen Disziplinbruchs erkennen. Es ist ein Unfug sondergleichen, die Genossen, die in solchen Fällen mit der nötigen Kritik nicht zurückhalten, als die Stänker und Friedensstörer hinzustellen. Die Ruhe innerhalb der Partei darf nicht so herbeigeführt werden, daß man selbst die tollsten Seitensprünge stillschweigend oder entschuldigend passieren läßt. Wer sich über den Ton aufregt, dem raten wir überdies, einmal nachzuprüfen, wie von gewisser Seite innerhalb der Partei seit Jahren gegen die radikale Richtung ganz systematisch geschürt und gewühlt wird, wobei man die Gründe an den Haaren herbeiholte. Die Angegriffenen haben geschwiegen, des lieben Friedens wegen. Jetzt aber beschweren sich diese Angreifer oder ihre Sinnesverwandten über den Ton: Dabei muß man sich aber auch noch vergegenwärtigen, in welcher geradezu höhnischen Weise süddeutsche Parteiblätter, z. B. die „Fränkische Tagespost", die Angelegenheit behandeln. Das „Bochumer Volksblatt", das von dem früheren „Vorwärts"-Redaktour Genossen Wetzker geleitet wird, nimmt die Gelegenheit wahr, einen giftigen Artikel gegen den „Vorwärts" zu schreiben, statt sich zur Sache zu äußern. Da merkt man doch zu deutlich die Absicht des noch von früher Grollenden. . . .

„So sehen die Preßstimmen „einer Reihe anderer nicht in Süddeutschland erscheinenden Parteiblätter" aus. Klagen über den schlimmen Ton — Drumrumgehen um den eigentlichen Sachverhalt. Vorsichtiges Lavieren, Ausweichen einer klaren Stellungnahme. So redet, wer zur Sache nichts zu sagen weiß oder nichts sagen will, weil er sich gegen die wenden müßte, denen er nicht wehe tun, die er vielmehr schonen will. Wir danken für diese Sorte Diskussionsfreiheit, die der einen Seite alles, auch das schlimmste, vergibt, der anderen aber jede Kleinigkeit aufmutzt."

•

Ein Schreckschuß.

Die „Fränkische Tagespost" feuert folgende Platzpatrone ab:

Die Beschickung des Parteitags.

Von besorgten Parteigenossen gehen uns Anregungen zu, man möchte auch in Süddeutschland dafür sorgen, daß der Parteitag zahlreich beschickt werde. Diese Genossen fürchten, man werde in Norddeutschland der deutlichen Aufforderung des „Vorwärts" und anderer Parteiblätter, für eine kräftige „norddeutsche" Beschickung des Nürnberger Parteitags zu werben, Folge leisten, und so der Nürnberger Parteitag überflutet werden von Delegierten, die naturgemäß über süddeutsche Verhältnisse nicht sonderlich unterrichtet sind.

Wir halten diese Anregungen für sehr bedenklich. Wir möchten im Gegenteil unsere süddeutschen Genossen dringend warnen, den vom „Vorwärts" angedeuteten Weg zu beschreiten. Eine künstliche Häufung von Mandaten für einen bestimmten Zweck ist einfach Mandatskauf. Wir sollten dieses Rezept umsoweniger befolgen, als auf dem Nürnberger Parteitag der Antrag gestellt werden dürfte, daß die Mandatsprüfungskommission die Mandate nicht nur auf ihre formelle, sondern auch auf ihre materielle Rechtsgültigkeit prüfen solle, in der Art, daß — schon für statistische Zwecke — die Zahl der Delegierten in Kreisen und größeren Verbänden mit den Ziffern der organisierten Genossen und der Reichstagswahlstimmen verglichen werde. Würde sich dabei herausstellen, daß in gewissen Bezirken besonders zahlreiche Delegationen erfolgt sind, die in starkem Mißverhältnis zu der geringen Zahl der Organisierten und der Wahlstimmen stehen, oder daß in großen kapitalkräftigen Parteiorten eine besonders erhebliche Anzahl von Delegierten wohnen, die für andere Kreise entsandt werden, so würde der Verdacht einer Mandatsmache entstehen, und wenn er sich als berechtigt erweist, die Kassierung der Mandate selbstverständlich sein.

Ueberhaupt hieße es den Parteitag zu einer toten Maschinerie herabwürdigen, wenn auf ihm nicht die guten Gründe entscheiden, sondern im voraus organisierte Mehrheitsvoten. Dann wären die Diskussionen überflüssig und unsere höchste Instanz würde zu einer leeren, widerwärtigen Posse.

Die „Fränk. Tagespost" scheint danach auch das Organisationsstatut der Partei ebenso originell „auslegen" zu wollen, wie sie den Lübecker Beschluß eigenartig interpretiert hat. Nur fürchten wir, daß sie mit ihren Interpretationskunststückchen beim Parteitage vollends verunglücken wird.

Aber wir sind keine Unmenschen. So wenig wir über eine Revision unserer Parteigrundsätze mit uns reden lassen, für so diskutabel halten wir eine Revision des Teiles unseres Organisationsstatuts, das die Beschickung des Parteitages regelt. Will hier die „Fränk. Tagespost" durch Einführung eines relativen Proportionalsystems dem Grundsatz der Demokratie strengere Berücksichtigung verschaffen helfen, so wollen wir ihr nichts in den Weg legen!

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

In einer Parteiversammlung des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-A.) fand eine lange und sehr bewegte Debatte über Jugendorganisation und Budgetbewilligung statt. Zur Frage der Jugendorganisation wurde beschlossen:

Die Parteiversammlung des 5. Kreises stimmt im allgemeinen der Tendenz der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses zu, fordert aber, daß der Absatz 3 der Resolution eine andere, klarere Fassung bekomme.

Zu diesem Zweck hält die Parteiversammlung es mit den Münchener und Frankfurter Parteigenossen für zweckmäßig, wenn vor dem Parteitage eine Beratung zwischen Parteivorstand und Generalkommission, Bildungsausschuß und Delegierten der bestehenden Jugendorganisation stattfindet, die dem Paretitag eine Vorlage für einheitliche Regelung der Jugendorganisation durch ganz Deutschland macht. Im übrigen erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen einverstanden, die in Leipzig in dieser Hinsicht gefaßt wurden.

In der Debatte über die Budgetfrage vertraten die Genossen Sindermann und Recke den Standpunkt, daß die süddeutschen Abgeordneten einen schweren Disziplinbruch durch ihre Zustimmung zum Etat begangen hätten, während die Genossen Riem, Nitzsche und Fräßdorf die Ansicht vertraten, daß ihre Zustimmung nach der Lübecker Resolution zu beurteilen sei, die in ihrem letzten Absatz in ausnahmsweisen Fällen eine solche Zustimmung zulasse. Es sei vor allem kein Grund vorhanden, aus der Sache eine große Staatsaktion zu machen, wenn auch die Auskunftsverweigerung der Badenser gemißbilligt werden müsse. Eine Abstimmung fand nicht statt.

Zu Delegierten zum Parteitag wurden die Genossen Sindermann und Richter, als Ersatzmann Genosse Riem gewählt.

Die Genossen Solingens beschlossen folgenden Antrag:

„Nachdem durch das neue Reichsvereinsgesetz eine einheitliche Norm für die Jugendorganisationen geschaffen worden ist, empfiehlt der Parteitag den Genossen allerwärts, dieselben mehr wie bisher zu unterstützen. In der Form ist die feste Organisation der losen Organisation vorzuziehen. Die Leitung der Organisation und die Verwaltung der Geschäfte sollen die Jugendlichen selbst besorgen, jedoch soll denselben ein Beirat von erfahrenen Genossen zur Seite gestellt werden. In diesem Sinne möge man die Form der norddeutschen Jugendorganisationen auf ganz Deutschland übertragen."

Der Sozialdemokratische Verein Lübeck stellt den Antrag: „In Zukunft sind vor sehr wichtigen Aktionen und Vereinbarungen, die von der Haupt-Parteileitung getroffen werden sollen, die Vorstände respektive Vorsitzenden der Landesorganisationen oder Agitationskomitees zu einer Konferenz zusammenzuberufen; mindestens muß jedoch ihre Ansicht eingeholt werden. In der Begründung wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Vereinbarungen, welche zwischen der Parteileitung und der Generalkommission der Gewerkschaften bezüglich der Maifeier getroffen worden sind, sicherlich nicht erfolgt wären, wenn man vorher die Parteigenossen, die an der Spitze der Landesorganisation respektive Agitationskomitees stehen, gehört hätte."

Nach einem einleitenden Referate des Genossen Horn nahm eine gut besuchte Versammlung des Wahlvereins Stettin den Antrag an, in der Frage der Jugendorganisation sich den Beschlüssen des Hamburger Gewerkschaftskongresses anzuschließen. Als Delegierter wurde Genosse Richard Milenz gewählt.

Kritik der Parteischule. Genosse Wegener-Kassel hat dem dortigen Parteiblatt eine Zuschrift gesandt, worin er ausführt, daß der vom „Vorwärts" erwähnte Bericht des „Volksblattes" über die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Kassel-Melsungen seine Ausführungen über die Parteischule unvollständig wiedergebe und ihnen dadurch einen Sinn unterschiebe, den sie nicht hatten. Er habe ungefähr gesagt:

Ich glaube nicht, daß die Parteischule in ihrer jetzigen Form wird beibehalten werden, da die dafür aufgewendeten Mittel meines Erachtens in keinem Verhältnis zu den erzielten Erfolgen stehen. Dieser Ansicht scheint auch der Parteivorstand zu sein, denn es sollen in Zukunft hauptsächlich Genossen auf die Schule geschickt werden, die sich schon in Partei- oder Gewerkschaftsstellungen befinden. Auch soll die Familienunterstützung nicht mehr vom Parteivorstand, sondern von den Kreisvereinen bezw. Agitationskomitees getragen werden. Da die verhältnismäßig hohen Kosten nur einer ganz geringen Anzahl von Parteigenossen zugute kommen, so halte ich das Vorgehen der bayerischen Genossen, die durch die Anstellung des Genossen Maurenbrecher die Bildung der Genossen systematisch betreiben wollen, für empfehlenswert.

Genosse Wegener, der Teilnehmer am zweiten Kursus der Parteischule gewesen ist, erklärt schließlich, daß er nicht an dem Lehrstoff oder an den Lehrern Kritik geübt habe, sondern nur von dem Wunsche beseelt war, es möchten recht viele Genossen der Lehren teilhaftig werden. Er würde es bedauern, wenn an der Parteischule eine „andere Richtung" Platz greifen würde.

Sonach treffen auf den Genossen Wegener die Bemerkungen, die wir in Nr. 190 zu seiner und des Genossen Eisner Kritik an der Parteischule machten, nicht zu. Anscheinend will sich Genosse Wegener auch die Eisnersche Idee der „Dezentralisation", d. h. der Aufhebung der Parteischule, nicht zu eigen machen, sondern meint, daß neben der Tätigkeit der Schule die Anstellung von Lehrern in den Provinzen nach Nürnberger Muster wünschenswert ist. Wogegen wir nichts einzuwenden hätten.

Das „Volksblatt für Kassel" bemängelt beim Abdruck der Wegenerschen Zuschrift, daß der „Vorwärts" von einem „Vorstoß" gegen die Parteischule geredet habe, just als sei sie eine geheiligte, über der Kritik stehende Institution, während man nur von dem guten Recht der Kritik Gebrauch gemacht habe. Unser Kasseler Parteiorgan faßt unsere Bemerkungen falsch auf. Wir haben uns nicht gegen die Kritik an der Parteischule gewendet, sondern gegen eine hinterhältige Art des Angriffs, wobei sich der Angreifer den Anschein gibt, als ob er lediglich eine Reform der Parteischule will, während er auf ihre Zerstörung ausgeht.

Die sozialistische Föderation von Australien, die sich vor einiger Zeit gebildet, hat ihren Sitz in Sidney, Pittstreet 274. Um das Zustandekommen der Föderation hat sich besonders der bekannte englische Genosse Tom Mann sehr verdient gemacht. Im Juni tagte in Sidney die zweite sozialistische Konferenz, an der Vertreter aller australischen Staaten teilnahmen. Das Resultat dieser Konferenz war die Gründung der sozialistischen Föderation von Australien.

In dem soeben eingetroffenen „Socialist" von Melbourne ist die Prinzipienerklärung der neuen Partei veröffentlicht. Als Zweck der Föderation wird bezeichnet die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Verteilung und des Verkehrs. Aus der Prinzipienerklärung selbst seien die folgenden hauptsächlichsten Punkte wiedergegeben:

„Die gegenwärtige Form der Gesellschaft beruht auf dem Privateigentum am Boden und den Produktionsmitteln. Diese Form des Eigentums spaltet die Gesellschaft in allen Ländern in zwei verschiedene, einander feindlich gegenüberstehende Klassen — in die kapitalistische und die arbeitende Klasse.

Die Arbeiterklasse produziert alle zur Erhaltung der Gesellschaft notwendigen Subsistenzmittel. . . . Die Statistik aller Länder zeigt, daß die arbeitende Klasse einen ständig geringer bemessenen Anteil an den Gütern erhält, die sie produziert. Der gegenwärtige Anteil beträgt etwa ein Drittel, trotzdem die Arbeiterklasse 85 Prozent der Bevölkerung ausmacht, während die 15 Prozent, die eine nutzbringende Tätigkeit nicht ausüben, die übrigen zwei Drittel für sich konfiszieren. Dies ist die unvermeidliche Ursache eines dauernden Konfliktes zwischen der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse.

Politische Macht ist für die Arbeiterklasse notwendig und nützlich, aber nur zum Zwecke der Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Parlamentarismus ist im wesentlichen ein Mittel der kapitalistischen Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft."

Die Prinzipienerklärung schließt mit einer Aufforderung an die Sozialisten aller australischen Staaten, sich der Föderation anzuschließen und mitzuarbeiten an der Befreiung der arbeitenden Klasse vom Joch der Lohnsklaverei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Genosse Grötzsch von der „Dresdener Volkszeitung" wurde wegen Beleidigung des Betriebsleiters einer Sebnitzer Weberei vom Schöffengericht in Sebnitz zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Jede Beweiserhebung über die Mißstände im Betriebe und darüber, daß die „Volkszeitung" durch die Bedrohung ihrer Leser geschädigt werde, also in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, wurde abgeschnitten. In Zeit von nicht viel über einer halben Minute war das Urteil gefunden.

Gewerkschaftliches.

Ums Koalitionsrecht.

Der Bund der technischen und industriellen Beamten hatte zu Sonnabend und Sonntag einen außerordentlichen Bundestag einberufen, der einige innere Konflikte zu erledigen bestimmt war, dann aber auch sich mit dem Vorgehen der bayerischen Metallindustriellen beschäftigte. Der Vorstand hatte, dem Ernste der Situation entsprechend, geglaubt, daß der Ukas des Herrn Dr. Guggenheimer mit papierenen Resolutionen und lendenlahmen Erklärungen nach Art des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes nicht abgewehrt werden könne und hatte aus diesem Grunde die Erhebung einer Extrasteuer und die Unterstützung der etwa entlassenen Mitglieder angeordnet. Der Bundestag gab hierzu nachträglich sein Einverständnis kund. Bundessekretär Granzin, der über das Thema referierte, traf mit der sachlichen Schärfe, mit der er das Rundschreiben der bayerischen Industriellen noch einmal einer Kritik unterzog, durchaus den einer modernen Berufsorganisation einzig würdigen Ton und löste mit seinen temperamentvollen Ausführungen auch bei der Zuhörerschaft, namentlich bei den süddeutschen Delegierten, stürmische Zustimmung aus, die ihren Höhepunkt erreichte, als der Redner, die Kompromißvorschläge abweisend, sagte: „Wenn man uns raten will, Kompromisse zu machen, weil wir noch zu schwach seien, so haben wir nur eine Antwort: Bei dem Koalitionsrecht gibt es keine Kompromisse. Das müssen wir haben. Und wenn man es uns nicht gibt, dann müssen wir dafür eintreten, Einer für Alle, Alle für Einen."

Der Mahnung des Referenten an die Mitglieder, sich ihre Presse daraufhin anzusehen, ob sie für die Interessen des Bundes eintritt, folgte in der Diskussion die eines anderen Herrn, auch die Vertreter der Parteien im Reichstage auf Herz und Nieren zu prüfen. Man sei es jetzt schon gewöhnt, daß die bürgerlichen Parteien alles „block"-mäßig annehmen, was ihnen von der Regierung vorgelegt wird; einzig und allein die „verdammten Sozi" bleiben bei der Stange. Auch sonst ergab die Diskussion die volle Einstimmigkeit darüber, daß der Bund auf der Bahn gewerkschaftlicher Arbeit wie bisher fortschreiten müsse. Interessant war die Mitteilung einzelner Maßregelungen in Augsburg, Mannheim und Dortmund und von Konflikten in München, Frankfurt a. M., Danzig und anderen Orten. Die Industriellen scheinen es wirklich darauf angelegt zu haben, ihre Herrscherinstinkte an den Angestellten auszulassen, nachdem ihnen die Arbeiterschaft die Zähne gezeigt hat.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der außerordentliche Bundestag der technisch-industriellen Beamten hält die entschlossene Abwehr jedes Angriffes auf die Koalitionsfreiheit der Angestellten für die selbstverständliche Pflicht einer gewerkschaftlichen Berufsorganisation. Er billigt infolgedessen die Maßnahmen, die der Vorstand für wirksame Bekämpfung des Angriffes des Verbandes bayerischer Metallindustrieller auf das Grundrecht der Koalition ergriffen hat. Insbesondere erklärt er die Ausschreibung der Extrasteuer auf die Dauer von drei Monaten für die richtige Antwort auf die Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz der Bundesmitglieder durch den Aussperrungsbeschluß des Verbandes bayerischer Metallindustrieller. Er erwartet daher, daß die Bundesmitglieder im Gefühl der Verantwortung für den ungestörten Fortgang der gewerkschaftlichen Bewegung der technischen Privatangestellten die ihnen auferlegten Opfer gern und willig tragen werden.

Der a. o. Bundestag bittet den Reichstag, die Koalitionsgesetzgebung zugunsten des Schutzes der Arbeitnehmer mit größtmöglicher Beschleunigung auszubauen. Insonderheit verlangt er, daß die Verhinderung am gesetzmäßigen Gebrauch der Koalition durch entsprechende Aenderungen des § 153 der Gewerbeordnung unter Strafe gestellt und daß die Behandlung der Berufsorganisationen als politische Vereine durch eine unzweideutige Bestimmung im Reichsvereinsgesetz beseitigt wird.

Dem Bundeskollegen in der Maschinenfabrik Augsburg spricht der a. o. Bundestag seine Hochachtung dafür aus, daß sie in so einmütiger und musterhafter Weise in schwieriger Lage dem Bunde die Treue gehalten haben.

Berlin und Umgegend.

Eine „Berichtigung".

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Berlin, d. 16. 8. 08.

An die Redaktion des „Vorwärts".

Am Donnerstag, den 13. d. M., erschien eine Notiz in Ihrer geschätzten Zeitung über meine Person. Unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes fordere ich Sie auf, folgende Berichtigung aufzunehmen:

Unwahr ist, daß ich beim Streik in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik 42 M. Streikgelder unterschlagen habe.

Unwahr ist, daß ich als Streikleiter dem mitstreikenden Glaser eine Woche Streikunterstützung unterschlagen habe; ich habe dem Mann ausgezahlt und beim Verfahren gegen meine Person konnte das Schiedsgericht mir keine Rüge erteilen, sondern es wurde mir Leichtfertigkeit vorgeworfen, weil ich die Kollegen, wenn sie ihr Geld in Empfang nahmen, nicht unterschreiben ließ.

Unwahr ist, daß ich den Wirt um 30 M. geprellt haben soll. Der Wirt, Herr Rhode, ist von Herrn Maus angewiesen worden, wenn ich Geld gebrauche, sollte es der Wirt mir geben.

Unwahr ist, daß ich die Eing. H.-R. 29 Hamburg um 13,80 betrogen haben soll."

Abschrift. Bescheinige hiermit, daß das Mitglied Ernst Schmidt sich keine Unregelmäßigkeit der Kasse hat zuschulden kommen lassen und kein Betrug vorliegt.

E. Röckert, Bevollmächtigter der Filiale Reinickendorf (Ost).
Stempel.

Unwahr ist, daß ich den Dreher Böhm um 19 M. geprellt habe. Während ich ziemlich 4 Monate arbeitslos war, hat mir Böhm 19 M. geliehen.

(Abschrift.) Ich erkläre hiermit, daß ich Schmidt das Geld geborgt habe, und er mich nicht geprellt hat, und mein Geld erhalten habe. Carl Böhm.

Unwahr ist, daß der sozialdemokratische Wahlverein 5. Berliner Wahlkreis zu den Leidtragenden gehört, höchstens in dem Falle, daß ich als 4 Monate arbeitsloses Mitglied für die betreffende Zeit keine Beiträge bezahlt habe und ich dazu auch nicht aufgefordert bin.

Der Wahlverein 5. Berliner Wahlkreis bekommt keinen Pfifferling von mir, und ist auch in keiner Weise geschädigt worden.

Achtungsvoll Ernst Schmidt.

Zu dieser „Berichtigung" ist erstens zu bemerken, daß Ernst Schmidt vor den Zeugen Handke, Blumenthal und Henning im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes selbst zugegeben hat, daß er 42 M., die dem Verbande gehörten, dazu verwendete, „um eine anständige Pelle auf dem Leibe zu haben", wie er sich ausdrückte, da er sich vorstellen wollte, um eine Stelle als Hausverwalter zu erhalten. Allerdings handelte es sich nicht um Streikgelder, sondern um Beträge aus Marken, die er als Vertrauensmann der Arbeiter der Waffen- und Munitionsfabrik in Händen hatte, geliefert von dem Bezirkskassierer Prange in Tegel.

In dem zweiten Falle, der in der „Berichtigung" angeführt ist, handelte es sich um 22 M., die bei der Abrechnung fehlten und die sich E. Schmidt ebenso wie die ersten 42 M. willig von der Streikunterstützung abziehen ließ.

In dem weiter angeführten Fall, in dem es sich um 30 M. handelt, steht fest, daß Schmidt sich die 30 M. ohne Auftrag von dem Wirt Rhode geliehen hat. Vor dem Schiedsgericht gab Schmidt selbst zu, daß er die 30 M. zu seinem persönlichen Nutzen verwendet hatte, daß er ferner sie zurückzahlen würde, was er freilich nicht getan hat; der Verband hat dem Wirt den Schaden ersetzt.

Dies könnte allein schon genügen, um die Person des Herrn Schmidt ins rechte Licht zu setzen. Wenn er im übrigen seinen Verpflichtungen noch nachgekommen ist, um so besser für ihn.

Herr Schmidt fügt übrigens seiner „Berichtigung" folgendes Notabene an:

„N. B. Die Kampfestaktik der Gegner ist ja sattsam bekannt. Was gehen der Oeffentlichkeit meine Privatsachen an? Es ist alles Verleumdung. Hat der Verband keine anderen Mittel, solche sind „unfair". Nach dem Motto: Verleumde nur, etwas bleibt doch hängen. E. Schmidt."

Herr Schmidt hat recht mit seinem Urteil über diese Kampfesweise. Aber er wendet sich an die falsche Adresse. Wir haben seinen Fall an die Oeffentlichkeit gezogen, um die Kampftaktik der gelben Gewerkschaften ad absurdum zu führen, wie wir es ähnlich mit dem Reichsverband machen mußten. Man lasse auf jener Seite die Manier fallen, den Mangel an sachlichen Argumenten durch persönliche Anwürfe zu ersetzen, und man wird sich über unsere Kampfesweise nicht zu beklagen haben.

Eine Verwahrung.

In der Sache Schmidt erhalten wir noch folgende weitere Zuschrift:

Akadem. Unterrichtskurse für Arbeiter.

Berlin, den 18. August 1908.

Sehr geehrte Redaktion!

In der Nummer 188 vom Donnerstag, den 13. August 1908, im Hauptblatt auf der 4. Seite, befindet sich eine Notiz über einen gewissen Ernst Schmidt, Vorsitzender des Bundes der „gelben Gewerkschaften" usw. Da ich nun Vorsitzender des Arbeiterausschusses obengenannter Kurse bin, sind mir von verschiedenen Seiten schon Anfragen zugegangen. Deshalb bitte doch gütigst eine Richtigstellung dahin zu bringen: „Ich habe mit dem berüchtigten gelben Metallarbeiterverein durchaus in keiner Weise Fühlung. Auch stehe ich dem obengenannten E. Sch. vollständig fern."

Ernst Schmidt (Werkzeugmacher), O. 17, Langestr. 60.

Deutsches Reich.

Die Speditionsarbeiter von Nürnberg-Fürth sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Der alte Tarif wurde gekündigt, die neue Vorlage, für die eine Geltungsdauer von zwei Jahren vorgesehen ist, den veränderten Lebensverhältnissen besser angepaßt. Gefordert werden u. a. Mindestlöhne für Nürnberg 23 bis 27 M., für Fürth 21 bis 25 M. Die Unternehmer, die sich in einem Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe organisiert haben, richten sich anscheinend auf einen Kampf ein, denn der Syndikus des Verbandes sucht schon auswärts Arbeitswillige zu angeln, denen er einen Anfangslohn von 30 M. verspricht.

Ausland.

Streik der Chemigraphen in Holland.

Der Allgemeine Niederländische Chemigraphenverband ist in eine Bewegung eingetreten zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages, die möglicherweise auch auf die anderen graphischen Berufe übergreifen kann. Die Gehilfen wollen, wie in Deutschland, mit den Arbeitgebern einen Zentraltarif abschließen. Die Verhandlungen hierzu befinden sich jedoch noch im Vorstadium. — Eine größere Scharfmacherfirma „Poligraph in Haarlem", die anscheinend von vornherein die Gehilfen abschrecken will, antwortete bereits mit Gegenmaßregeln, indem sie unter dem Vorwand: „weil zurzeit in den anderen chemigraphischen Anstalten noch 8½ und 9 Stunden gearbeitet wird" — ohne sich mit den Arbeitern ins Einvernehmen zu setzen —, die Arbeitszeit, die bisher nur 8 Stunden betrug, kurzerhand diktatorisch auf 9 Stunden festsetzte. Auch sonst versucht die Firma in einer neuen Fabrikordnung verschiedene Verschlechterungen einzuführen, wobei sie den Arbeitern erklärte, wer hiermit nicht einverstanden wäre, sei gekündigt und am 8. August entlassen. Diese Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen konnten sich die Gehilfen nicht gefallen lassen, sie legten einmütig die Arbeit nieder und befinden sich bereits seit dem 3. August im Streik, woran auch Lehrlinge teilnehmen. In der Firma „Poligraph" blieben nur die Werkführer bezw. Abteilungsleiter stehen, die sich nun in Gemeinschaft mit der Direktion krampfhaft bemühen, Streikbrecher zu gewinnen, und da ihnen das in Holland nicht gelingt, versuchen sie ihr Glück in Deutschland. Es sind bereits in einigen deutschen Städten abgesandte Streikbrecheragenten bei ihrer „Arbeit" betroffen worden, doch haben sie bisher noch kein Glück gehabt und ist zu hoffen, daß auch kein deutscher Kollege seinen kämpfenden holländischen Arbeitsbrüdern, unter denen sich auch Deutsche befinden, in den Rücken fallen wird.

Aus der Frauenbewegung.

Ein begrenztes Stimmrecht

hat man den Frauen in Annapolis, der Hauptstadt von Maryland, einem der Vereinigten Staaten von Nordamerika, zugestanden. Die steuerzahlenden Frauen waren jüngst an die Wahlurne gerufen worden, denn es galt über die Herausgabe einer neuen städtischen Anleihe zu entscheiden. Die bürgerlichen Frauen freuten sich darüber, und das Resultat, die Ablehnung einer Anleihe, soll durch die Frauen herbeigeführt worden sein. Wer Steuern zahlt, muß Grundbesitzer oder Geschäftsinhaber sein, die große Masse zahlt in Amerika keine direkten Steuern; es handelt sich also nur um ein Wahlrecht der Besitzenden. Trotzdem war es eine Sensation, daß man die Stimmen der Frauen zur Entscheidung der Frage heranzog. Alle Frauen hatten zum erstenmal in ihrem Leben einen Stimmzettel in den Händen, sie wußten das neue Recht zu würdigen und beteiligten sich zahlreich an der Wahl und stimmten, ebenso wie zahlreiche Männer, im Interesse ihres Geldbeutels. Bei einer allgemeinen Wahl, bei der auch die nichtsteuerzahlenden Frauen etwas zu sagen hätten, wäre wohl in erster Linie der Zweck der neuen Anleihe maßgebend gewesen. Für gemeinnützige Zwecke hätten sich die Frauen aus dem Volke ohne weiteres erklärt, obgleich sie oder ihre Männer doch schließlich die Kosten auf indirektem Wege hätten aufbringen müssen.

Achtung, 5. Kreis. Mittwoch, den 19. August, abends 9 Uhr, findet bei Rausch, Winsstr. 12, eine Sitzung der organisierten Genossinnen statt zwecks Nominierung einer Delegiertin zum Parteitag und zur Frauenkonferenz. Die Vertrauensperson.

Tegel-Borsigwalde. Der Leseabend in Tegel findet nicht Mittwoch, den 19., sondern Donnerstag, den 20. August statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Vertrauensperson.

Versammlungen.

Eine öffentliche Putzerversammlung tagte am Freitag in Kellers Saal. Schulz, der Vorsitzende der Putzersektion des Maurerverbandes sprach über die gegenwärtige Situation im Baugewerbe. Er führte unter anderem aus: Die schlechte Geschäftslage hat eine Reihe von Mißständen im Arbeitsverhältnis der Putzer hervorgerufen. Die mangelnde Arbeitsgelegenheit, die Aussicht auf Arbeitslosigkeit veranlaßt viele Kollegen, unter Bedingungen zu arbeiten, die den von der Organisation aufgestellten und seither hochgehaltenen Arbeitsbedingungen nicht entsprechen. Während in der guten Konjunktur für den Quadratmeter Innenputz 22 Pf. ohne Träger bezahlt wurden, werden jetzt derartige Arbeiten für 20, ja für 18 Pf. mit Träger ausgeführt. Bei solchen Preisen kann nur mit größter Schinderei und unter Ueberschreitung der für die Putzer geltenden achtstündigen Arbeitszeit der übliche Lohn von 8 M. pro Tag erreicht werden. Begünstigt durch die gegenwärtigen Verhältnisse hat sich ein Zwischenmeistersystem herausgebildet, wie es vordem nie in so ausgedehntem Maße vorhanden war. Auch das Schwindelsystem steht zurzeit in Blüte und schädigt die Arbeiter in unverschämter Weise. Nicht selten kommt es vor, daß die Putzer am Schluß der ersten Arbeitswoche einen geringen Lohnabschlag erhalten. Sie werden vertröstet auf den nächsten Sonnabend und arbeiten weiter, in der Hoffnung, ihren verdienten Lohn zu bekommen. So vergeht auch die zweite Woche, und die Hoffnung der Arbeiter wird schmählich betrogen, sie erhalten überhaupt keinen Lohn. Nun wird es den Putzern zu bunt, sie verlassen die Arbeitsstelle. Aber jetzt ist die Putzarbeit bereits ziemlich fertig. Was noch zu machen ist, läßt der Unternehmer von anderen Putzern fertigstellen. Auf diese Weise erhält der betrügerische Unternehmer die Putzarbeit fast umsonst hergestellt, denn der Lohn, den er nicht auszahlte, ist auch auf dem Klagewege nicht zu erhalten. — Auf der anderen Seite arbeiten die Unternehmer systematisch darauf hin, den achtstündigen Arbeitstag der Putzer durch den Neunstundentag zu verdrängen. In den Putzverträgen wird die neunstündige Arbeitszeit verlangt, und der Arbeitsannehmer sucht oft die Kollegen zur Unterzeichnung solcher Verträge zu überreden mit dem Hinweis auf die schlechte Konjunktur, was denn auch meistens gelingt. — Der Referent betonte in seinen weiteren Ausführungen, daß es in erster Linie die Pflicht der organisierten Putzer ist, darauf zu halten, daß auch in der Zeit des ungünstigen Geschäftsganges die von der Organisation festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten und daß auch auf die Unorganisierten nach dieser Richtung eingewirkt werde.

Die Versammlung stimmte einer Resolution zu, welche schon am 19. März angenommen worden ist. Dadurch erklärt die Versammlung, daß an den von den Putzern errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen festzuhalten, und jeder Versuch der Unternehmer, dieselben zu verschlechtern, zurückzuweisen ist.

Die Zahlstellenversammlung des Zimmererverbandes fand am Freitag abend im Gewerkschaftshause statt. Die Abrechnung über das zweite Quartal 1908 lag gedruckt vor. Die Einnahme der Zentralkasse beträgt 81 463,05 M., die Einnahme der Lokalkasse 11 409,85 M., der Bestand der Lokalkasse vom 1. Quartal 86 914,80 Mark. Die Gesamteinnahme beträgt mithin 129 787,70 M. Die Ausgabe der Zentralkasse beträgt 23 261,70 M., die Ausgabe der Lokalkasse 26 054,66 M., mithin beträgt die Gesamtausgabe 49 316,36 M. Der Bestand am Schluß des 2. Quartals 1908 ist demnach 80 471,34 M. Unter den Ausgaben stehen folgende Posten für Unterstützungen verzeichnet: örtlicher Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung 5139,50 M., für Zuschlag zur Streikunterstützung 833,80 M., für die Maiausgesperrten und Arbeitslosen 7485,25 M. Die Versammlung hörte dann einen Vortrag von Max Schippel über das Thema: „Hochkonjunktur, Wirtschaftskrisis und Arbeiterbewegung". Nicht die theoretische Seite dieser Fragen wollte Redner erörtern, wie er am Anfang seines Vortrages bemerkte; er hält es für wichtiger, sich mit den Tatsachen, die wir in dieser Zeit der Krise beobachtet haben, zu beschäftigen. Wenn wir rein theoretisch zu dem Schluß kommen, daß unter den Krisen der Kapitalismus gesprengt werde, daß das System zusammenbrechen muß, so zeigt uns die Erfahrung, daß oft neue Tatsachen auftauchen, die zu berücksichtigen sind und die die erwarteten Wirkungen der Krisen wieder aufheben. Friedrich Engels habe von der zweiten Entdeckung Amerikas gesprochen, als nach den Goldfunden in Kalifornien der Zug der Einwanderer durch den ganzen Kontinent nach der Küste des Stillen Ozeans begann. Das Innere Amerikas wurde erschlossen und drohende Krisen wurden abgewendet. Der Redner schildert amerikanische Verhältnisse zur Zeit der Hochkonjunktur, verweilt bei der Entstehung der Krise der jüngsten Zeit, erzählt, wie der Krach von der Börse übersprang auf die Banken, wie das Kreditwesen angegriffen, die Produktion lahmgelegt und die Arbeiterbewegung in Mitleidenschaft gezogen wurde. Er bespricht in eingehender Weise den wirtschaftlichen Niedergang in Deutschland und weist zum Schluß auf die Notwendigkeit starker Gewerkschaften hin, die als neue Kräfte auftreten und die Wirkung der Krisen abschwächen können. (Beifall.)

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, den Bericht der Schiedskommission, nahm Licht das Wort und berichtete, daß von 40 Anträgen auf Ausschluß aus dem Verbande 31 durch die Kommission erledigt wurden, daß davon aber nur 11 als zu Recht bestehend anerkannt werden könnten. Es handelt sich meist um Streikbruch. Der Bericht rief eine längere Diskussion hervor.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frauenstudium.

Köln, 18. August. (W. T. B.) Einem Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung" zufolge ist die Frage der Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium dahin geregelt, daß die Vorschriften für die Studierenden auf den Landesuniversitäten im wesentlichen auf die Reichsinländerinnen Anwendung finden, wogegen die Ausländerinnen in allen Fällen zur Immatrikulation der Genehmigung des Ministers bedürfen. Ebenso sind für die höheren Mädchenschulen sowie für die weiterführenden Bildungsanstalten für die weibliche Jugend umfassende Bestimmungen getroffen.

Automobilzusammenstoß.

Brüssel, 18. August. (W. H.) In Hazobrouk fand heute ein Zusammenstoß zweier Automobile statt, von denen eins sieben Personen als Passagiere enthielt. Der Chauffeur dieses Automobils sowie ein neben ihm sitzender Priester wurden lebensgefährlich, zwei andere Insassen leichter verletzt.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 17. August.

1. Verhandlungstag.

Es sind 79 Delegierte und 5 Gauleiter anwesend. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertritt Sabath-Berlin.

Als Gäste sind Vertreter der Bruderverbände in Nordamerika, Dänemark, England, Oesterreich, Schweiz und Ungarn anwesend.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen geben Mandatsprüfungs- und Geschäftsordnungskommission ihren Bericht. An diese Berichte schließt sich eine längere Diskussion, in der mehr interne Punkte behandelt werden.

Es werden dann die Anträge zur Tagesordnung beraten. Tauscheck-München begründete den Antrag, den Punkt „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lieferungsbranche“ mit auf die Tagesordnung zu setzen. Der Verbandstag stimmt dem Antrag zu. Der Antrag, den Punkt „Gründung eines Industrieverbandes für die Bekleidungsindustrie“ auf die Tagesordnung zu setzen, findet keine genügende Unterstützung. Diese Frage ist damit erledigt.

Verbandsvorsitzender Stühmer-Berlin erstattet nun den

Vorstandsbericht.

Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und gibt dazu einige Erläuterungen. Die Agitation für den Heimarbeiterschutz sei vom Verband besonders intensiv betrieben worden. Unter anderem wurde im Herbst 1907 ein Flugblatt zur Förderung des gesetzlichen Heimarbeiterschutzes in einer Auflage von 100 000 Exemplaren im ganzen Reiche verbreitet, und anschließend daran in 80 Orten Versammlungen abgehalten, die von 13 000 Kollegen und Kolleginnen besucht waren. Die in diesen Versammlungen angenommene Resolution, die an den Bundesrat und den Reichstag das Ersuchen richtet, endlich die gesetzgeberische Lösung der Heimarbeiterfrage für das Schneidergewerbe und die verwandten Berufe energisch und bald in die Hand zu nehmen, wurde dem Reichstag als Petition eingereicht. Gegen den Bericht der Berliner Handelskammer über die Heimarbeit in Berlin wurde in sieben Versammlungen protestiert. In der angenommenen Resolution wurde gegen die einseitige Art der statistischen Erhebungen der Berliner Handelskammer über die Heimarbeit, sowie gegen den darüber veröffentlichten Bericht, der unter dem Deckmantel einer unbefangenen Statistik nichts anderes sei, als eine Tendenzschrift gegen jeden gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen, energischer Protest eingelegt. — Den breitesten Raum der mündlichen Ausführungen Stühmers nehmen die Lohnbewegungen und besonders die großen Kämpfe und Aussperrungen im vorigen Jahre ein. In chronologischer Reihenfolge schildert Redner das gewaltige Ringen mit dem Arbeitgeberverband im Vorjahre. Für die Streiks und Aussperrungen mußten nicht weniger als 300 623,34 M. aufgewendet werden, doch standen diese enormen Ausgaben in keinem Verhältnis zu den Verbandsfinanzen. Der Verband mußte deshalb von anderen Gewerkschaften Darlehen in der Höhe von 108 000 M. aufnehmen. Die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ausgeschriebene Sammlung hatte nicht den gewünschten Erfolg. Es gingen nur 12 756 M. ein, und davon allein von den Bergarbeitern 5000 M., von den Schuhmachern 2000 M. und von den Textilarbeitern 1000 M. — Der Friedensschluß, die Vereinbarungen des Hauptvorstandes mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes rief im ganzen Lande bei den Kollegen eine starke Opposition gegen den Hauptvorstand hervor. Stühmer bittet, die Kollegen möchten berücksichtigen, daß der Vorstand bei der ganzen Sachlage nicht anders handeln konnte.

Den

Kassenbericht

gibt Käming-Berlin. Aus den Einnahmen und Ausgaben haben wir die näheren Details veröffentlicht. Das Verbandsvermögen hat sich in der Berichtszeit von 71 590 M. auf 168 061 M. erhöht. Der gegenwärtige Vermögensbestand beträgt 171 913,65 M.

Strübig-Hamburg erstattet den

Ausschußbericht.

Es seien nur wenig Beschwerden eingegangen und dies sei gewiß ein erfreuliches Zeichen. In den meisten Fällen der Beschwerden habe es sich um Unterstützungsfragen gehandelt. Einzelne Kollegen würden die Aufgaben der Gewerkschaften verkennen und diesen müsse gesagt werden: die Gewerkschaften sind und wollen keine Versicherungsinstitute sein. Das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften kann nur eine untergeordnete Rolle spielen. Redner bespricht dann die einzelnen Beschwerdefälle und geht auf die internen Kassenverhältnisse ein.

Den

Bericht der Preßkommission

gibt Mier-Berlin. Er betont, daß im Berichtsjahr nur eine Beschwerde eingegangen sei, was darauf schließen lasse, daß die Leitung der „Fachzeitung“ den an sie gestellten Anforderungen gerecht geworden ist. Das Verhältnis zwischen Redakteur, Verleger und Preßkommission sei ein gutes gewesen. Die Auflage der „Fachzeitung“ habe vom 1. Juli 1906 bis 27. Juni 1908 eine Steigerung von 34 800 auf 41 400 Exemplaren erfahren.

Redakteur Sabath-Berlin verzichtet auf einen Bericht über seine Tätigkeit. Er werde zu den vorliegenden Anträgen Stellung nehmen, sobald sie begründet seien.

Für die Rechnungsprüfungskommission berichtet Plettl-Frankfurt a. M. Er macht einige Monitas bezüglich der Abrechnungen der Filialen mit der Hauptkasse.

Dann werden die Verhandlungen vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Die Einfuhr von Fleisch

zeigt im laufenden Jahre eine deutliche Abschwächung gegen 1907. Der Wert der Einfuhr sank nämlich von 23,18 Millionen Mark im ersten Semester 1907 auf 18,55 im laufenden Jahre oder um 4,63 Millionen Mark. Zurückgegangen ist vor allem die Einfuhr von frischem Fleisch. Es betrug nämlich die Einfuhr während der ersten sechs Monate dem Werte nach in 1000 Mark:

	1907	1908
Rindfleisch: frisch	7 209	4 417
„ einfach zubereitet . .	1 494	1 375
Schweinefleisch: frisch	1 183	464
„ einfach zubereitet	884	696

Im Vorjahre bezogen wir aus den Niederlanden ziemlich große Quantitäten frisches Fleisch; im laufenden Jahre ist nur noch die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus den Niederlanden erheblich, dagegen die von Schweinefleisch minimal. Ganz eigenartig bewegte sich die zollfreie Einfuhr von frischem Fleisch für die Grenzbewohner. Bei Rindfleisch stieg sie von 2 595 Doppelzentner im ersten Halbjahre 1907 auf 3671 im laufenden Jahre, dagegen war die Abnahme bei Schweinefleisch so erheblich, daß dabei das Plus der Rindfleischeinfuhr aufgehoben wird. Im ersten Halbjahr dieses Jahres stellte sich nämlich diese zollfreie Einfuhr für die Grenzbewohner nur auf 4781 Doppelzentner frisches Schweinefleisch gegen 6634 im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Unternehmergewinne.

Die amtliche „Statistische Korrespondenz“ bringt eine Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften für das Bilanzjahr 1906. Am ungünstigsten stehen die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit einem bilanzmäßigen Gewinne von 3,5 Proz., dann folgt das Verkehrsgewerbe mit 5,1 Proz., Tierzucht und Fischerei bringen 8,9 Proz., Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 10,2 Proz., Textilindustrie, polygraphische Gewerbe und Handelsgewerbe 11,2 — 11,9 Prozent, Bekleidungsgewerbe, Papierindustrie, Industrie der Nahrungs- und Genußmittel 12 — 12,9 Prozent, Industrie der Steine und Erden 13 Prozent, Bergbau, Hütten und Salinen sowie Metallverarbeitung und Baugewerbe 15 Prozent, Lederindustrie 17 Prozent, Chemische Industrie 24,8 Prozent und Versicherungsgewerbe 43 Prozent. Den 2176 Aktiengesellschaften, die mit solchen Gewinnen gearbeitet haben, stehen 388 Gesellschaften gegenüber, die Verluste zu verzeichnen hatten in Höhe von durchschnittlich 18,8 Prozent ihres Aktienkapitals. Es handelt sich dabei meist um kleinere, weniger kapitalkräftige Aktiengesellschaften.

Die vierprozentigen inländischen Anleihen.

Das Konsortium, das sich seinerzeit für die Uebernahme des vierprozentigen inländischen Anleihen bildete, hat gestern, wie der „Börsen-Courier“ meldet, seinen Bestand von 4proz. Preußischen Konsols, der vor einigen Tagen noch 12 Millionen Mark betrug, ausverkauft, nachdem der Restbestand von 4proz. Deutschen Reichsanleihen am 12. d. M. begeben worden ist. Beide Anleihen erreichten an der heutigen Börse den Parikurs. Der Auflösung des Konsortiums, das einen recht befriedigenden Nutzen erzielte, steht nichts mehr im Wege.

Die deutschen Reichsanleihen, preußischen Konsols, preußischen Schatzanweisungen und die Kolonialanleihe, welche im laufenden Jahre in den Verkehr gebracht worden sind, übersteigen eine Milliarde Mark. Im Januar wurde eine preußische Staatsschuldbuchanleihe von 181 Millionen Mark zum Kurse von 98 1/2 Prozent zur Zeichnung aufgelegt. Am 11. April folgte die Subskription auf 250 Millionen Mark 4prozentige deutsche Reichsanleihe und 400 Millionen Mark 4proz. Preußische Konsols zum Kurse von 99 1/2 Proz. (für Sperrstücke 99,30 Proz.) Gleichzeitig übernahm das Preußenkonsortium 200 Millionen Mark 4proz. Preußische Staatsschatzanweisungen, von denen am 3. Juli 100 Millionen Mark zum Preise von 99,40 Proz. zur Zeichnung aufgelegt wurden. Im Juni erfolgte die Emission von 38 325 000 M. 4proz. deutsche, vom Reiche garantierte Schutzgebietsanleihe, von denen am 30. Juni 30 Millionen Mark gegen Einrichtung von Anteilen der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft und gegen Bar zum Kurse von 99 Proz. zur Subskription gestellt wurden.

Soziales.

Die Zurückweisung Verbandsangestellter

als Parteivertreter durch Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte hatten wir wieder kürzlich, am 16. d. M., beklagen müssen. Zu der auf Grund einer zuverlässigen Korrespondenz von uns gebrachten Darstellung des Falles geht uns eine Mitteilung des von der Zurückweisung betroffenen Angestellten des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Paul Walz zu. Danach ist der auf Nichtzulassung des Herrn Walz und auf Auferlegung einer Ordnungsstrafe gegen ihn lautende Beschluß des Kaufmannsgerichts noch auffälliger. Herr Walz schreibt uns:

„Im ersten Termin, der ohne Beisitzer abgehalten wird, in dem mich der Vorsitzende der 5. Kammer Herr Assessor Gordan wegen geschäftsmäßiger Vertretung ablehnte, habe ich ausdrücklich hervorgehoben, daß ich nicht Geschäftsleiter des Verbandes in Berlin bin. Ich habe in dieser Verhandlung erklärt, daß ich über meine Ablehnung als Vertreter Kammerbeschluß beantragen werde. Bei der Verkündung des Kammerbeschlusses habe ich bestimmt bestritten, daß das Gericht über meine Tätigkeit als Verbandsbeamter orientiert sei. Vor der Ablehnung wurde mir das Wort zur Klarlegung der Art meiner Stellung nicht gegeben. Meinen Worten, „Ihre Entscheidung ist mir nicht maßgebend“, ließ ich sofort, ohne Unterbrechung seitens des Vorsitzenden, die Erklärung folgen: „Ich stelle meinen Ausspruch dahingehend richtig, daß ich sage, mit dem Urteil des Herrn Vorsitzenden allein, in der ersten Verhandlung erkläre ich mich nicht einverstanden.“ Gegen die Beschlüsse des Gerichts werde ich in beiden Fällen Beschwerde einlegen.

In der Sache der Ablehnung handle ich dem persönlichen Wunsche des Vorsitzenden gemäß, der mich in der ersten Verhandlung auf den Beschwerdeweg verwies und erklärte, daß durch die Beantwortung einer Beschwerde seitens der zuständigen Behörde die Verhandlungen über die Zulässigkeit Verbandsbeamter als Vertreter in der Zukunft dann wegfallen würden.“

Demnach hat der Verbandsangestellte Walz nicht, wie die vom Vorsitzenden gebrauchte Wendung annehmen ließ, sich als Geschäftsleiter des Verbandes bezeichnet und dadurch die, wenn auch fehlsame, Annahme unterstützt, er betreibe das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig. Vielmehr hat er ausdrücklich betont, daß er nicht Geschäftsleiter ist. Desto unberechtigter ist der Beschluß des Kaufmannsgerichts. Nach § 16 des Kaufmannsgerichtsgesetzes und nach § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes werden „Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände“ nicht zugelassen. Unter „geschäftsmäßigem“ Betrieb hat man die

Kleines Feuilleton.

Venetianische Spitzen. Ein Mitarbeiter der „Unione“ erzählt, wie die venetianische Spitzenindustrie, die jetzt eine der ergiebigsten Reichtumsquellen der Inseln der venetianischen Lagune bildet, in Verfall geriet und wie sie wieder aufblühte. Als der Ruhm der venetianischen Spitze die ganze Welt erfüllte, suchten französische Unternehmer venetianische Spitzenklöpplerinnen nach Frankreich zu locken, um ihnen ihre Kunst abzusehen. Ludwigs XIV. Minister Colbert, der schon die venetianische Glaskunstindustrie — die berühmte Glasindustrie von Murano — nach Frankreich verpflanzt hatte, gewährte den Spitzenmanufakturen, die im Jahre 1665 in Frankreich eingerichtet wurden, jede erdenkliche Unterstützung. Einige dieser Manufakturen gelangten zu hohem Ansehen, vor allem die von Alençon, deren Spitzen die getreueste Nachbildung der venetianischen Spitzen waren. Die venetianische Republik merkte aber bald, welch unberechenbaren Schaden durch die Auswanderung der Arbeiterinnen der heimischen Industrie zugefügt wurde, und erließ, um den Schaden wieder gut zu machen, ein Dekret, das einen Begriff gibt von der Bedeutung, zu welcher der Spitzenhandel gelangt war, und zugleich auch von der drakonischen Strenge, die die Republik bei der Bestrafung ungehorsamer Untertanen walten ließ. Es heißt nämlich in dem Dekret: „Alle Arbeiter oder Künstler, die diese Industrien zum Schaden der Republik in fremde Länder tragen, werden aufgefordert werden, zurückzukehren. Wenn sie nicht zurückkehren, sollen ihre nächsten Verwandten eingesperrt werden; die Liebe, die sie den Ihrigen gegenüber hegen, dürfte sie wohl zum Gehorsam zwingen. Kehren sie zurück, so soll ihnen ihre Vergangenheit verziehen werden und sie sollen in Venedig eine Anstellung erhalten; wenn sie aber trotz der Einsperrung der Verwandten im Auslande bleiben, soll irgend ein geheimer Emissär den Auftrag erhalten, sie zu töten und nach ihrem Tode erst sollen ihre Angehörigen wieder in Freiheit gesetzt werden.“ Der Verfall der Spitzenindustrie konnte aber auch durch solche Dekrete nicht aufgehalten werden; beschleunigt wurde er durch den politischen Niedergang der Republik. Nur auf der Insel Burano konnte die Industrie sich noch bis 1845 erhalten; sie siechte jedoch auch hier langsam dahin und von einem Aufschwung schien nicht mehr die Rede zu sein. Im Jahre 1872 aber geschah das Wunderbare: die Spitzenindustrie erwachte auf Burano plötzlich zu einem neuen Leben und hat sich seitdem wieder großartig entwickelt. Der Winter von 1872 war außerordentlich streng gewesen; die Lagunen hatten sich mit Eis bedeckt und die Bewohner von Burano gerieten, da sie ihrer gewohnten Beschäftigung, dem Fischfang, monatelang nicht nachgehen konnten, in die bitterste Not. Von allen Seiten kam Hilfe, aber sie reichte nicht aus, und so kam man auf den Gedanken, den armen Inselbewohnern ein neues Subsistenzmittel zu verschaffen, damit sie nicht länger von Wetterlaunen abhängig wären. Nachdem verschiedene Versuche fehlgeschlagen waren, fragte sich jemand, ob man nicht die Kunst der Spitzenklöppelei wieder aufleben lassen könne. Es gab damals aber in Burano nur noch eine Person, die die alte Klöppeltradition unentwegt aufrecht hielt; diese Person, eine siebzigjährige Frau namens Cencia Scarparola konnte zwar selbst klöppeln, besaß aber nicht das Talent, auch anderen Leuten das Klöppeln beizubringen. Man wußte sich jedoch zu helfen: eine gewisse Anna Bellorio von Este kam nach Burano und paßte genau auf, wie die alte Cencia arbeitete. Auf diese Weise konnte sie dann das, was sie aus eigener Anschauung gelernt hatte, auch anderen Frauen lehren.

Ueber die Arbeiten am Campanile in Venedig erstattet Diego Angeli in der Stampa einen interessanten Bericht. Der Turm erhebt sich heute bereits bis zu 45 Meter und wird voraussichtlich im November 1909 vollendet werden, worauf im folgenden Mai die Marmorloggia begonnen werden soll, die sich auf ihn erhebt. Bei dem alten Turm waren die Steine der Basis zum Teil aus fast unbearbeitetem istrischem Fels, zum anderen Teil Bruchstücke von Ambonen, die noch die Spuren der byzantinischen Meisel aufwiesen. Die Mauersteine waren aus allen Zeitaltern; viele trugen noch die Siegel römischer Kaiser, von Nero bis Theodosius. Für die neue Basis wählte man einen außerordentlich harten Stein und bestellte bei einer Fabrik in Rovigo regelmäßige Ziegel, die alle chemisch untersucht und einem starken Druck unterworfen wurden, ehe sie zur Verwendung kamen. Während der Turm in die Höhe wächst, wird in einem der Säle des Dogenpalastes die Logetta des Sansorino rekonstruiert. Der Campanile hat in seinem Sturz die Statuen, die Reliefs und die Bronzegitter verhältnismäßig wenig beschädigt; auch die meisten Säulen und Marmorkapitole sind erhalten und brauchen nur durch antik-römische Stücke ergänzt zu werden. Die Statue der Jungfrau aus vergoldeter Terrakotta, die in der Kapelle verehrt wurde, war in 4000 Bruchstücke zerschmettert; sie ist heute von Künstlern mit außerordentlicher Geduld wieder zusammengesetzt worden, und nur der kleine Johannes neben ihr fehlt, der bei dem Einsturz in Staub verwandelt wurde. Auch die alten Glocken sollen durch möglichst ähnliche ersetzt werden; wenige Tage vor der Katastrophe hatte Maëstro Perosi ihre Tonlage genau festgestellt, um in Einklang mit ihnen ein Te Deum in der Basilika singen zu lassen.

Humor und Satire.

Der entlassene Hauptmann.

Und er hatte die Haltung und hatte die Art,
wie ein richtiger preußischer Hauptmann,
und er leitete seine Wikingerfahrt,
so gut wie man dies überhaupt kann.

Der Sträfling fühlte sich wie zu Haus
und wußte genau, was sich ziemte.
Doch zeichnet ihn manches vor anderen aus,
die wirklich das sind, was er mimte:

Er war seinen Leuten freundlich gesinnt,
er sorgte für ihren Magen —
indessen andere gleichgültig sind
und höchstens schnauzen und schlagen.

Doch hielt er sich andererseits auch fern
von hunderttundfünfundsiebzig.
Das alles zeigt seinen prächtigen Kern —
und kurz und gut, es ergibt sich:

Verantwortliche für Deutschlands Glück,
Ihr müßt ihn halten, sonst raubt man
dem Vaterlande ein würdiges Stück . . .
Drum macht ihn zum wirklichen Hauptmann!

Wenigstens stellt ihn zur Disposition
oder, wollt Ihr entlassen den Braven,
so gebt ihm Uniform und Pension,
wie jenem entlassenen Grafen!

Franz.

— Ein Gemütsmensch. Vater: „Jetzt hast Du schon wieder ein Semester verbummelt. Während Deines ganzen Lebens hast Du mir noch nie eine Freude bereitet.“ — Sohn: „Aber vorher.“

— Humanistisches Gymnasium. Lehrer: „Die griechische Sprache überhaupt, insonderheit aber ihre Grammatik und von dieser hinwiederum die unregelmäßigen Verba sind das erhabenste Produkt menschlichen Geistes. Und so oft ich selbige Verba konjugieren lasse, verlangen Sie ungestüm auf den Abort, Sie Rohling.“

— Versuchskarnickel. „Im Vertrauen, Herr Medizinalrat, ich halte einen operativen Eingriff bei einem derartigen Fall doch für etwas gewagt — ich würde das erst einmal bei einem Krankenkassenmitglied probieren.“ („Simplicissimus.“)

Notizen.

— Die alten Lateiner als Stenographen. Das Britische Museum hat nach seinem neuesten Bericht ein Lexikon erworben, das eine Sammlung lateinischer stenographischer Symbole enthält. Diese sind bereits im Altertum erfunden worden und werden auf einen Freigelassenen des Cicero, namens Tullius Tiro, zurückgeführt. Ein anderes interessantes Stück ist eine Tafel aus dem dritten Jahrhundert vor Christi Geburt, die in den damaligen ägyptischen Schulen zum Unterricht in der griechischen Grammatik benutzt wurde.

— Das Opiumlaster in New York. Aus New York wird berichtet: Dr. Hamilton Wright, einer der drei amerikanischen Delegierten zu dem im nächsten Jahre zusammentretenden internationalen Kongreß zur Bekämpfung des Opiumlasters, veröffentlicht jetzt bemerkenswerte Angaben über die Verbreitung des Opiums in Amerika. Allein in New York sind mehr als 6000 Menschen dem Laster verfallen und 5000 davon gehören der weißen Rasse an. Während im Jahre 1878 die Einfuhr von Rauchopium sich auf 54 000 Pfund beschränkte, betrug sie 1907 fast das Dreifache: 151 000 Pfund. Die Einfuhr des Rohprodukts ist in den letzten fünf Jahren um eine Million Pfund gestiegen. 75 Proz. davon werden zu Morphium verarbeitet und davon kommen nicht weniger als 50—90 Proz. zu ungesetzmäßiger Verwendung. In New York versucht man jetzt eine Heilmethode gegen das Laster, die von chinesischen Doktoren in Schanghai kürzlich entdeckt wurde. In Philadelphia will man mit dieser Kur bereits überraschende Wirkungen erzielt haben.

Vertretung durch einen Gewerkschafts- oder Verbandsbeamten, der keine Zahlung von der Partei für die Vertretung erhält, nicht verstanden wissen wollen. Man wollte dadurch Winkelkonsulenten treffen, die aus der Vertretung ein Gewerbe machen. Freilich ist der Ausdruck nicht sehr glücklich gewählt. Es ist rein am Buchstaben des § 81 haftend von einigen Gerichten und Kommentatoren hervorgehoben: geschäftsmäßig sei nicht gewerbsmäßig, mit der Geschäftsmäßigkeit sei nicht mit Notwendigkeit eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit verbunden. Das mag buchstabenmäßig zutreffen, trifft aber die Frage nicht: welchen Zweck wollte der Gesetzgeber durch § 81 erreichen? Da kann die Antwort nur dahin lauten: sicherlich wollte er die Angestellten und Arbeiter lediglich vor Vertretern schützen, die für ihren Beistand von den Parteien Zahlung erhalten. Niemand wollte die Angestellten und Arbeiter des Beistandes der von ihnen gewählten Vereinsbeamten berauben. Das kam auch bei der Beratung des Kaufmannsgerichts-Gesetzes zum Ausdruck. Posadowsky meinte damals: ohne dem Wort geschäftsmäßig Zwang anzutun, könne man es nur so auslegen: „geschäftsmäßig ist, was jemand zu einem Teile seiner Lebensaufgabe oder Berufstätigkeit macht. Wenn das zutreffe, könne nur je nach dem Einzelfalle entschieden werden". Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts irrt mit der Annahme, daß die landgerichtliche Entscheidung über die Walzsche Beschwerde die Frage grundsätzlich lösen könne. Zweckmäßig wäre es, wenn der Ausschuß der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gegen die Zurückweisung Verbandsangestellter entschieden Stellung nimmt.

Verein deutscher Kammerstenographen.

In Darmstadt ist auf dem internationalen Stenographenkongreß ein Verein deutscher Kammerstenographen gegründet worden. Vertreten waren auf der Konferenz der deutschen Kammerstenographen die sämtlichen Bureaus des deutschen Reichstages, des preußischen Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses, der Landtage von Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Braunschweig. Die Münchener Stenographen waren durch die Tagung des bayerischen Landtages am Erscheinen verhindert. Eine große Reihe von Zustimmungserklärungen lagen von nicht erschienenen Herren vor. Zum Vorsitzenden dieses Berufsvereins der Elite der deutschen Stenographen ist der stellvertretende Vorsteher des stenographischen Bureaus des Herrenhauses, Herr Rudolf Drews, gewählt worden. Der Verein wird sich im wesentlichen mit Berufs- und Standesfragen, zu denen auch die Honorarsätze für die Aufnahme stenographischer Arbeiten sowie die Lieferungsbedingungen gehören, zu befassen haben und vielleicht auch eine Art Ehrenschiedsgericht aus seiner Mitte für Berufs- und Standesfragen bilden. Aehnliche Syndikate bestehen bereits in Frankreich, England und Nordamerika.

Gerichts-Zeitung.

Ein tödlicher Automobilunfall

führte gestern den Kraftdroschkenführer Emil Obst unter der Anklage der fahrlässigen Tötung vor die dritte Ferienstrafkammer des Landgerichts III. In der Nacht zum 7. Februar dieses Jahres hatte der jetzige Angeklagte nach der Gegend des Gesundbrunnens einen Fahrgast gefahren und war dann bestrebt, möglichst schnell wieder in die belebteren Stadtteile zu gelangen. An der Ecke der Bad- und Grünthaler Straße konnten sich mehrere dort arbeitende Straßenfeger vor dem Auto nicht schnell genug in Sicherheit bringen. Der 28jährige Straßenreiniger Wegner wurde zu Boden gerissen und erlitt einen schweren Schädelbruch, der eine Stunde später zu seinem Tode führte. — Der Staatsanwalt beantragte nur eine Gefängnisstrafe von einer Woche. Das Gericht ging jedoch über diesen Antrag hinaus und erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Der Bock als Gärtner.

Zur Vermeidung von Irrtümern, die schwere materielle Schäden nach sich ziehen würden, ersucht uns die Berliner Wacht- und Schließgesellschaft m. b. H., Friedrichstr. 112a, mit Bezug auf den von uns am Montag veröffentlichten Gerichtsbericht über den Einbruch bei dem Kaufmann Karfunkelstein um Aufnahme folgender Zeilen: Der zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilte Nachtwächter Röske war niemals bei der Berliner Wacht- und Schließgesellschaft angestellt, sondern bei dem Wacht- und Schließ-Institut Groß-Berlin, Friedrichstraße 94. Dieses Institut trug bis vor kurzem die Firma Wacht- und Schließgesellschaft Groß-Berlin. In der Verhandlung vor Gericht war stets nur von der Wacht- und Schließgesellschaft die Rede, so daß sich hieraus das Mißverständnis ergab. Das Wacht- und Schließinstitut war seinerzeit unter Anziehung des Gesetzes betreffend den unlauteren Wettbewerb zur Abänderung seiner Firma gezwungen worden und hat wegen Ueberschreitung des richterlichen Urteils schon Strafen von 300 und 600 M. zahlen müssen.

Vermischtes.

Verhaftung eines Amtsrichters.

Wegen dringenden Verdachtes, sich gegen den § 175 des Strafgesetzbuches vergangen zu haben, wurde der aufsichtführende Richter beim Amtsgericht Gnesen, Amtsrichter St., auf dem dortigen Bahnhofe verhaftet, als er von einer Urlaubsreise zurückkehrte. — Die Verhaftung des Amtsrichters steht mit der vor einigen Tagen erfolgten Verurteilung des Gnesener Hoteldieners Lauchstädt zu neun Monaten Gefängnis in Verbindung. Lauchstädt, der sich gegen einen Knaben vergangen hatte, erhob schwere Beschuldigungen gegen den Amtsrichter St., die jetzt zu dessen Verhaftung führten.

Erdstöße. Hamburg, 18. August. (Depesche.) Die Apparate der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung haben gestern vormittag ein starkes Fernbeben in einer Entfernung von etwa 7000 Kilometern registriert. Die Aufzeichnungen begannen um 11 Uhr 56 Minuten 56 Sekunden und dauerten ungefähr drei Stunden. — Auch die Erdbebenwarten von Hohenheim und Jena zeigten das Beben zur selben Zeit an.

Unterschlagungen. Solingen, 18. August. (Depesche). Direktor Becker von der Solinger Bank wurde wegen umfangreicher Unterschlagungen verhaftet und hat einen großen Teil der Veruntreuungen bereits eingestanden.

An Pilzvergiftungen

ist, wie uns eine Depesche aus Meißen meldet, die aus sechs Personen bestehende Familie des Schlossers Eberling schwer erkrankt. Drei Personen sind bereits gestorben, die anderen drei schweben in Lebensgefahr.

Cholera. Aus New York wird gemeldet, daß am Sonntag und Montag auf den Philippinen 379 Cholerafälle vorkamen, von denen 254 einen tödlichen Ausgang nahmen. Manila selbst ist frei von Cholera.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung Weißensee. Heute abend 8½ Uhr bei Weber, Friedrichstr. 37, Versammlung. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Heinrich Heine". Heute abend 8½ Uhr bei Bolze, Rodenbergstr. 8, Sitzung. Gäste willkommen.

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute abend 8½ Uhr Sitzung bei Tolksdorf (Nachf. K. Scholz), Görlitzer Straße 58. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

O. Sch. 100. Sie können eine Darlehnsklage bei dem Amtsgericht anstrengen und Ihre Frau und Schwester als Zeugen angeben. — **A. K. 34** und **A. G. 29.** Ja, wie wir wiederholt dargelegt haben, müssen Sie, so lange der Kirchenaustritt nicht erklärt ist, Kirchensteuer zahlen. Wenn Sie in diesem Jahre aus der Kirche austreten, so haben Sie vom Schluß des nächsten Jahres ab Kirchensteuern nicht mehr zu zahlen. Damit Sie noch rechtzeitig in diesem Jahre aus der Kirche austreten können, ist es zweckmäßig, den Austritt schleunigst zu erklären. Es genügt, daß Sie an das Amtsgericht Ihres Wohnsitzes schreiben: „Ich will aus der (katholischen) Kirchengemeinschaft austreten und beantrage, meine Austrittserklärung aufzunehmen. Sie müssen dann, auch wenn Sie eine Vorladung vor das Gericht nicht erhalten, innerhalb des 29. und 42. Tages nach Eingang dieses Antrages bei Gericht auf dem Gericht erscheinen und dort Ihren Austritt zu Protokoll erklären. Da der Andrang im November und Dezember ein sehr starker zu sein pflegt, ist es zweckmäßig, mit dem Austritt aus der Kirche nicht zu warten. — **O. R. 100.** 1. u. 2. Nein. — **E. W. 75.** Die Gebühr scheint richtig berechnet zu sein. Eine Beschwerde wäre an das Amtsgericht zu richten. — **O. B. 2.** Wenn die Garantie, so wie Sie mitteilen, wirklich geleistet ist, so würden Sie mit einer Klage auf vollen Schadenersatz bei Gericht durchdringen. — **R. M. 135.** Wir können die Kasse nicht empfehlen, Ihnen vielmehr, falls Sie in der Tat der Kasse beigetreten sind, nur raten, aus derselben wieder auszutreten. — **D. W. 100.** Vor dem Beitritt zu der Deutschen Kranken-Unterstützungskasse (E. H.) zu Kassel haben wir wiederholt gewarnt und können diese Warnung nur wiederholen. — **E. B. 1.** Ein schriftliches Ersuchen um Beschleunigung wäre angebracht. — **D. 37.** Nein. — **M. K. 200.** Nach Ansicht des hiesigen Gewerbegerichts würde der volle Tag zu bezahlen sein. — **W. P. 100.** 1. Ja. 2. Die Verjährungszeit beträgt 10 Jahre, wird aber durch jede vom Richter gegen den Täter gerichtete Handlung unterbrochen. — **G. Sch. 8.** 1. bis 5. und 7. Ja. 4. In der Regel nein. 5. Die Statuten und die allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches sind maßgebend. 6. Zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirk die zu Verklagenden wohnen. 8. Voraussichtlich keine. — **T. F. 100.** 1. Ja. 2. Ja, aber die Uebertragung hat den bisherigen Gläubigern gegenüber keine Wirkung. — **A. K. 128.** 1. Die Gründung ist zulässig. — **R. K. 34.** 1. Zwecks Heirat ist erforderlich, daß beide Geburtsurkunden und die Militärpapiere des Mannes sowie, falls die Braut minderjährig ist, die polizeilich beglaubigte Einwilligung des Vaters beigebracht wird. Der Witwer oder die Witwe muß ferner den Totenschein des früheren Ehegatten und ein Zeugnis des Amtsgerichts über die Auseinandersetzung mit den minderjährigen Kindern einreichen. 2. Das Aufgebot hängt 14 Tage aus. Zweckmäßig ist daher, mindestens sechs Wochen vor der Heirat das Aufgebot anzumelden. 3. Die Anwesenheit eines der Brautleute zwecks Anmeldung des Aufgebots genügt. — **E. S. 35.** 1. In der Regel nein. 2. Erwerbsunfähigkeit braucht nicht vorzulegen. — **H. K. 33.** Legen Sie Berufung ein. Eine bestimmte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts liegt uns nicht vor, aber eine loyale Auslegung des Einkommensteuergesetzes führt zu einer günstigen Entscheidung.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft rege, Preise für Hammelfleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise zufriedenstellend. Geflügel: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft wenig rege, Preise schwankend. Heute Aufgang der Rebhühnerjagd. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft sehr schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhren reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 18. August 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0 red. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer auf 0 red. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	763	WNW	2	wolkig	16	Haparanda	755	Still	—	wolkig	11
Hamburg	765	W	2	Nebel	11	Petersburg	756	NW	1	halb bd.	16
Berlin	764	Still	—	halb bd.	15	Scilly	764	O	5	wolkig	16
Frankf. a. M.	765	SW	1	Regen	13	Aberdeen	771	NNW	2	bedeckt	11
München	765	W	2	heiter	13	Paris	766	NO	2	bedeckt	12
Wien	764	WNW	1	heiter	15						

Wetterprognose für Mittwoch, den 19. August 1908.

Vielfach heiter und am Tage ziemlich warm bei schwacher Luftbewegung, Gewitter nicht ganz ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 8. cm	seit 16. 8. cm [1]	Wasserstand	am 17. 8. cm	seit 16. 8. cm [1]
Memel, Tilsit	126	+5	Saale, Grochlitz	130	+18
Pregel, Insterburg	—14	—9	Havel, Spandau [2]	40	+5
Weichsel, Thorn	332	+70	„ Rathenow [3]	42	+2
Oder, Ratibor	142	—9	Spree, Spremberg [3]	70	0
„ Krossen	133	—10	„ Beeskow	81	+1
„ Frankfurt	146	—1	Weser, Münden	—73	+10
Warthe, Schrimm	60	—5	„ Minden	—12	+5
„ Landsberg	35	—3	Rhein, Maximiliansau	422	—6
Netze, Vordamm	—15	+1	„ Kaub	221	—3
Elbe, Leitmeritz	—58	+2	„ Köln	221	—10
„ Dresden	—174	+4	Neckar, Heilbronn	48	+8
„ Barby	78	—5	Main, Wertheim	152	+1
„ Magdeburg	88	0	Mosel, Trier	—	—

[1] + bedeutet Wachs, — Fall, — [2] Unterpegel.

Nach telegraphischer Meldung betrug der Wasserstand der Weichsel bei Thorn heute 374 Zentimeter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 19. August.

Anfang 7½ Uhr.
Neues königl. Opernheater. La Traviata.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Lysistrata. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Lessing. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Baccarat.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. 2×2=5.
Komische Oper. Der Zerrissene.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die weiße Dame.
Schiller Charlottenburg. Der Revisor.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Ein Rabenvater.
Luisen. Suse.
Thalia. Mitternachtsmädchen.
Bernhard Rose. Das Geheimnis von New York.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Vera Violetta. Spezialitäten.
Gebrüder Herrnfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.
Passage. Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anfang 7 Uhr.
Gustav Behrens. Die Guldenprinzessin. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Hebbel-Theater
Königgräher Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.
Donnerstag: Cyprienne.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Baccarat.
Donnerstag b. Sonnabend: Baccarat.
Sonntag: Der Dieb.

Kleines Theater.
Mittwoch, den 19. August cr., Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.

Metropol-Theater
Zum 335. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.) Moritzplatz-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Bötel: Die weiße Dame.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Prophet.
Freitag, abends 8 Uhr: Der Postillion von Lonjumeau.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Revisor.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Das letzte Mittel.
Freitag, abends 8 Uhr: Ein Fallissement.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Luisen-Theater.
Mittwoch, den 19. August 1908, abends 8 Uhr:
Suse.
Täglich: Suse.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
8 Uhr. 8 Uhr.
Sommerspielzeit. Leitung v. G. Pitz.
Mittwoch, den 19. August 1908:
Ein Rabenvater.
Schwank in 3 Akten v. Jarno u. Fischer.
Donnerstag: Die Diebin.
Freitag: Ein Rabenvater.

Winter Garten
Eröffnungs-Programm.
The Zanzigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elephanten — Okabe, Japaner-Truppe — Die 5 Mowatts, Keulen-Jongleure — Die 12 Tiller Girls, Engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornalia und Eddie, Amerikanische Excentrics — Der Zukunftspreis, großes Rennbild — Karl Hertz, Zauberkünstler — Beyer de Lafory, französ. Sängerin — Der Biograph.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei ungünst. Witterung i. Theater.
Großes Progr. Anf. d. Vorst. 8 Uhr.
Anf. d. Gartenkonz. 7 Uhr. Kl. Gr.
Sonnabend, 22. August: Gala-Sommerfest. Eine Knallnacht a. d. Weinbergsweg. N. d. Kniehl.-S.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Zoologischer Garten
Täglich nachm. 5 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren — — die Hälfte. — —

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die Attraktions-Novitäten.
9¼ 9¼
Vera Violetta.
Vaudeville-Operette von Ed. Eysler.
10¼: Graf Zeppelin auf seiner großen Fahrt.
Ab 7½ Uhr: Konzert im Theatergart.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Anfang 4½ Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Otto. Brunnenstr. 16.
Angeklagt!
Schauspiel in 7 Bildern.
Anf. 6 Uhr. Kasseröffnung 3—6 Uhr.
Donnerstag: Benefiz Rothow-Dugall: Anna-Liese.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen Pisjakoff
Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehenen, ans Unglaubliche grenzenden Gedankenübertragungen
Das großartige August-Programm! Greta Gallus, Fritz Steidl usw. usw.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske „Berlin steht Kopp".
Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8½ Uhr.

Reichshallen-Theater
Täglich:

Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, Königs-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213,5*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12½ Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

Gebrüder
Herrnfeld-
Anfang 8 Uhr. **Theater.** Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von **Anton** und **Donat Herrnfeld.**

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7–9.
Täglich
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.
Im Saale: **Täglich gr. Ball.**

Neue Welt
Hasenheide 108–114.
Gr. Bayerisches Kellerfest
Heute:
Gratis-Verlosung einer Kücheneinrichtung
bestehend aus Küchenbüfett, Tisch, Küchenrahmen, Eimerspind, 2 Stühle im Werte von **100 M.**
Verlosung 10 Uhr.
Morgen Donnerstag:
Elite-Tag.
Monster-Feuerwerk.
Entree **25** Pf.
Alle Passepartouts haben Gültigkeit ohne Nachzahlung.

Volksgarten-Theater
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Mittwoch, den 19. August 1908:
Konzert, Theater und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Neues Riesen-Programm.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.
Wiedereröffnung
Sonnabend, den 22. August:
Neu! Neu! Neu!
Die Guldenprinzessin.
Operette.
Wiederauftreten von Gustav Behrens und 10 erstklassige Spezialitäten.
Duskes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Max Kliems
Sommer-Theater.
— Hasenheide 13–15. —
Künstlerische Leitung: Bernhard Lange
Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Mittwoch: **Kinderfest.**
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Soeben erschien
in zweiter verbesserter Auflage
Gustav Adolf
Ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz der deutschen Arbeiter
von **Franz Mehring**
mit einem neuen Vorwort
Preis 1.— M. 247/1*
billige Ausgabe 40 Pf.
Expedition des „Vorwärts"
Lindenstr. 69, Laden.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der jüngste Leutnant.
Erstklassige Spezialitäten.
Bollini Truppe — Kurt Elis
The 5 Violettes — Powel and Powel
Adolf Hartley.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4½ Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Mittwoch, 26. August: 40jähriges Bühnenjubiläum von Karl Möller.

Schweizer Garten.
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Jeden Abend 10 Uhr: **Berliner Leben.** Volksstück mit Gesang in 3 Bildern.
Jeden Mittwoch: **Kinderfreudenfest.** Volksbelustigungen. Kinematograph. Entree **30** Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten an Vereine zu Festlichkeiten zu vergeben.

Vorzugsbillett!
Bitte ausschneiden!
Vitascope-Theater,
Invalidenstr. 110
(früher Kuhstall an der Chausseestr.)
Dieses Billett gilt für 1 bis 4 Personen bis 30. September 1908 zu ermäßigten Preisen statt 75 Pf. nur 50 Pf.
a. Wochent. „ 50 „ „ 30 „
„ „ „ 30 „ „ 20 „

Wurstmeyer,
Brunnenstraße 6
Heute die berühmten Grützwürstchen.

Ohne Anzahlung! Portieren, Stores, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und Federbetten. **Kleine Raten!**
L. Matzner, Auguststr. 50.
Nur Postkarte erbeten. *

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Das neue und beste Programm Berlins.
Die größte u. beste Raubtiergruppe d. Gegenwart. Gebr. Bögler.
10 Löwen und 8 Bären.
Anfang 8 Uhr. Entree Wochentags 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich: Volksbelustigungen aller Art.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Mittwoch:
Großes Militär-Konzert
ausgeführt von der Jugendwehr.
Soiree der Apollo-Sänger.
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.**

Große Dampfer-Ferienfahrten
nach **Wernsdorfer Schleuse** in der Nähe die **Gosener Berge.**
Jeden Wochentag (außer Sonnabend) früh 9½ Uhr, nachmittags 2 Uhr, hin u. zurück 50 Pf. } ab **Schillingsbrücke.**
Hierzu ladet freundlichst ein **Paul Schwedler,**
36392* Restaurant zum Ober-Spree-Kanal.

Von nachmittags ca. 2 Uhr an (halbstündl.) Sonntags 30 Pf., wochentags 20 Pf. } nach Restaurant **Kyffhäuser.**

Swinemünder Gesellschaftshaus
Swinemünderstr. 42.
Empfehle meine vollständig renovierten Säle zu **Versammlungen, Festlichkeiten,** sowie **Fabrikbesprechungen.** Kulante Bedingungen wie auch aufmerksame Bedienung. **3 große Vereinszimmer.**
Achtungsvoll **Wwe. Reinfahrt.**

Festsäle
für kommende Saison unter kulanten Bedingungen zu vergeben, auch ohne Kaffeetafel.
City-Hotel
Dresdener Straße 52/53.

1908er Gänse! Enten!
lief. frko. garant. lieb. Ankunft 10 St. weiße ganz ausgewachsene Gänse 33 M., 13 ganz ausgewachsene Enten 19 M., 18 große Schlachthähne 18 M.
Schneider, Myslowitz No 2, O.-S.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11 C,
liefert **Reparaturen,** auf Wunsch zugleich mit vorzgl. Tonverbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des altitalienischen Timbres für große Säle an alten u. neuen Geigen.
Mäßiges Honorar. *

Wir verkaufen
jetzt noch billigst
R **4** Mark an
in Petershagen, Ostbahn,
R **10** Mark an
Seegefeld, am Bahnhof,
R **10** Mark an
Kaulsdorf, am Bahnhof,
R **10** Mark
Bahnhof Sadowa, Biesdorf-Kaulsdorf-Süd,
R **30** Mark an
Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.
Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Ueber 100 Morgen
neu aufgeschlossenes Gelände, 5 Minuten vom Bahnhof
Kaulsdorf
20 Pfennig-Tour
Güterbhf. 8½hr. Anfahrt, billige Wohnungen, bester lehmig. Gartenbod., Gas- u. Wasserleit., günst. Zahlungsbeding., langjähr. Hypothek.
Jetzt noch
R. von **10 M.** an.
Ausk. b. uns. bicht a. Terrain wohn. Herr. E. Stremetzne, Kaulsdorf, Hönowerstr., u. Restaur. Bodep. — Besitzer:
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16

Danksagung.
Sage allen Teilnehmern an der Beerdigung meiner lieben Frau
Emma Jeschke
geb. **Leuchtmann**
meinen besten Dank. 10875
Conrad Jeschke.

Danksagung.
Für die erwiesene Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Joseph Wittkowski
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Krell sowie den Genossen des 2. Wahlkreises und dem Verbande der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands unseren tiefgefühlten Dank.
Ernestine Wittkowski
nebst Kindern. 10975

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Es empfiehlt sich bei eintretendem Trauerfall möglichst sofort
Westmanns
Trauermagazin
Hauptgeschäft:
Berlin W., Mohrenstraße 37a, an den Kolonnaden, 2. Haus von der Jerusalemerstraße, und **NO.,** Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus von der Andreasstraße, zwecks **Auswahl d. passenden Trauergarderobe** aufzusuch.
Um dem **Publikum einen besonderen Vorteil** zu bieten, gewähre ich **auf diese Anzeige** hin bei Kauf *
10 % Rabatt in bar!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Sonnabend, den 15. d. M., verstarb unser Parteigenosse, der Metallarbeiter
Karl Mude.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 19. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. [218/11
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 12. August verstarb unser Mitglied, der Zimmerer
Wilhelm Gundlach,
Kopenhagenerstr. 14.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am 15. August bereits stattgefunden.
228/19 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, der Steinsetzer
Hermann Martin
am Sonntagabend 8 Uhr nach schwerem Krankenlager gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. August, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des alten Zionskirchhofes in Weißensee, Gustav-Adolf-Straße, aus statt. 1104b
Karl Martin und Geschwister.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Emma Welski
gestorben ist. 120/19
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 19. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg-Hohen-Schönhausen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 16. d. M. verstarb im Alter von 61 Jahren an der Proletarierkrankheit unser langjähriges Mitglied
Otto Lehmann
Weißensee.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 19. August, nachmittags 5 Uhr, auf dem Kirchhof in Weißensee, Möllestraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
139/6 **Die Verbandsleitung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Wilhelm Krause
am 16. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. August, nachmittags 4¾ Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer
Otto Kunger
am 16. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/19 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres guten Vaters, des Tischlers
August Feder
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Genossen des 6. Wahlkreises (586. Bezirk), dem Deutschen Holzarbeiter-Verband sowie den Kollegen der Firma Rosenfeld, insbesondere dem Chef Herrn Rosenfeld, unseren innigsten Dank.
Die trauernden Kinder.

Modernes Waschmittel
Persil
garantiert unschädlich — vollständig ungefährlich
kein Chlor — kein Waschbrett
kein reiben — kein bürsten
Für jede Waschmethode passend
alleinige Fabrikanten auch der weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda
Henkel & Co. Düsseldorf

Einladung zum Besuch

bei **Westmann** Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a { kein Eckhaus, 2. Haus v. d. Jerusalemer Straße, und **Berlin NO.,** Gr. Frankfurterstr. 115 { kein Eckhaus, 2. Haus von d. Andreasstraße.
zum **Total-Räumungs-Ausverkauf!**
Die **gesamten Bestände** der diesjährigen **Sommer-Saison** werden, um Platz zu schaffen, **sofort** vollständig ausverkauft.
Sommer-, Reise-, Staub-, Gummimäntel, Pajetots, Lodencapes, Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen, Taffet-Konfektion
zu ¼ des Originalwertes nach folgenden 5 Serien:

früher bis M. 40.—	bis M. 60.—	bis M. 80.—	bis M. 120.—	bis M. 200.—	etc.
jetzt nur M. 10.—	nur M. 15.—	nur M. 20.—	nur M. 30.—	nur M. 50.—	

Keine Ramschware! **Eigene Ateliers!**
Gratis bei Einkauf von nur 15 M. an: **ein netter, eleganter Bordürenrock!**
Neue **Pariser Original-Modelle** für die kommende **Herbst-Saison** in vielseitiger Auswahl treffen **täglich** ein. Besichtigung dringend erbeten.
Man achte im eigenen Interesse genau auf meine Firma und Hausnummer.
Eleg. Trauer-Magazin — Auswahl & Preise konkurrenzlos.
Besuch in den Vormittagsstunden erwünscht, da nachmittags zu starker Andrang.
Einsegnungskleider in reichhaltiger Ausführung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 20. August, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörenden Zahlstellen und Sektionen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen **G. Link.** 2. Kassenbericht vom 2. Quartal. 3. Wahl der Achtzehnerkommissionsmitglieder für das Maurergewerbe und eines Schriftführers für den Gesamtzweigverein. 4. Gewerkschaftliches. 139/5*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Zweigvereinsvorstand.**

Zentralverband der Zigarrenhändler.

Der vorgefundene Kassenbestand Mk. 229,31 ist am 14. August 1908 für richtig befunden und nach Abzug von 5,— Mk. Insertionskosten an **Preß** gegen Quittung ausgehändigt worden. 1086b

Klatt. Junge. Kaul.

Ich erkläre hierdurch, daß ich keine Forderung mehr an den Verband habe.

Preß.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 1, II. (Städt. Börse).

Zur Einsegnung

Schwarze, weisse u. farbige Kleider
aus wollenen Stoffen mit Spachtel- u. Borteugarnierg. **15, 20, 25 M.**

Jackette u. Paletots
8, 10, 12 M.

Elegant verarbeitet. **Kostüm-Röcke** Neueste Schnitte.
aus prima Satintuch 9, 12, 15, 18 M. | aus englischen Stoffen 3, 6, 10, 15 M.
Ein groß. Posten gefütterte wollene Blusen 3.50 M.
Tüll-, Spitzen- und seidene Blusen.
Jackett- und Paletotkleider 10, 15, 20 M.

Sielmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstr.
2 Häuser vom Dönhoffplatz. 12 Schaufenster.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

sowie

Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Gesundbrunnen. Donnerstag, den 20. August, abends 8½ Uhr, bei Schwalm, Exerzierstraße: **Bezirksversammlung.** Wahl eines Kassierers.

Lichtenberg. Sonnabend, den 22. August, abends 8½ Uhr, bei Pühl, Pfarrstraße 74: **Bezirksversammlung.** Vortrag. Verschiedenes. 145/17

Moabit. Sonnabend, den 22. August, abends 8½ Uhr, bei Pielicke, Waldstraße: **Bezirksversammlung.** Wahl von zwei Bezirkskassierern.

Osten. Donnerstag, den 20. August, abends 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstraße: **Bezirksversammlung.**

Rixdorf. Donnerstag, den 20. August, abends 8½ Uhr, bei Thiel, Bergstraße: **Bezirksversammlung.** Vortrag: „Die Lokomobile bis zur Gegenwart." Verschiedenes.

Schöneberg. Freitag, den 21. August, abends 8½ Uhr, bei Knobloch, Sedanstraße. Tagesordnung: Wahl eines Bezirksführers und der Gruppenführer.

Schönhauser Vorstadt. Freitag, den 21. August, abends 8½ Uhr, bei Sauer, Schönhauser Allee 134a.

Süd-Ost. Donnerstag, den 20. August, abends 8½ Uhr, bei Bercht, Ritterstraße 75.

Treptow-Baumschulenweg. Freitag, den 21. August, abends 8½ Uhr, bei Corinth, Baumschulenstraße: Wahl des Bezirksführers und der Gruppenführer. Stellungnahme zu den Beschlüssen der Zahlstelle Treptow.

Wedding. Donnerstag, den 20. August, abends 8½ Uhr, bei Milbrodt, Müllerstraße: Wahl des Bezirksführers.

Pankow-Weißensee. Donnerstag, den 20. August, abends 8½ Uhr, bei Klauske und Freitag, den 21. August, bei Hermann: **Bezirksversammlung.**

Die Ortsverwaltung.
J. A.: **H. Schwittau.**

Stukkateure.

Donnerstag, den 20. d. M., abends 8½ Uhr, bei Elsner, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom II. Quartal 1908. 2. Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg. Referent: Kollege **Wengels.** 3. Verschiedenes, darunter Stellungnahme zum Zeichenkursus für das Winterhalbjahr.

☞ **Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt** und **kein** Verbandstagsprotokoll, welches unentgeltlich zur Verteilung gelangt. 173/17

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin II.

Mitglieder aller Branchen!

Die zum Donnerstag, den 20. d. M., in den Musikersälen festgesetzte Generalversammlung der Verwaltungsstelle II findet wegen der sich zurzeit abwickelnden Lohnbewegung der Kollegen im Speditionsgewerbe und der damit verbundenen Abhaltung von Versammlungen nicht statt. 70/14

Den neuen Termin werden wir unseren Kollegen rechtzeitig bekannt geben. **Die Verwaltung II.** J. A.: **Albert Utheß.**

Vereine!! Achtung!! Gewerkschaften!!
Neue Armin-Hallen
Kommandantenstr. 58/59. — Fernspr. IV, 10155.
☞ ☜ Säle von 60—1000 Personen fassend. ☞ ☜
Gute Beleuchtung! 6 Vereinszimmer. 1100b
Sonnabende und Sonntage dieses und nächstes Jahr **noch frei.**

Kapitän-Kautabak

in feinster Qualität 3845L*
wieder genügend am Lager.

Die **Rollen** und **Bündel** (10 Pf.-Vkf.) werden **nur noch in Etiketten verpackt geliefert,** um den immer wieder vorkommenden wertlosen Nachahmungen entgegenzuwirken.

Kapitän-Kautabak unverpackt, bitte daher, weil unecht, **zurückzuweisen.**

Carl Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112 (Tel. Amt VII 3861).

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein 40312

Restaurant
m. Vereinszimmer, 40 Pers. fassend.
Bürgerl. Mittagstisch.
Paul Gomolla,
Schöneberg, Gothenstraße 4.

Gustav Lindenhayn,
Gastwirtschaft. Telephon: Amt Grünau Nr. 17
Grünau, Friedrich-Str. 2. 5 Minuten vom Bahnhof.
Großer Garten. Vereinszimmer.
Fremdenlogis. 2661L*
Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

Wer die Augen öffnet,

wird sehen, wie der Essig, den er genießt, oft von Bakterien wimmelt, die dem bloßen Auge nicht wahrnehmbar sind, und würde keinen anderen Essig mehr verwenden, als solchen, den er sich aus **Reichels Essig-Essenz** Marke „Lichtherz" mit Leichtigkeit selbst jederzeit frisch bereiten kann. Dieser Essig ist von absoluter Reinheit und bleibt von den so gesundheitsschädlichen Essigaalchen vollkommen frei. **Reichels Essig-Essenz** ist in **Originalflaschen, 12** Weinflaschen Essig ergebend, zu **1 M., ½ Fl. 55 Pf. überall** in den **Drogerien usw. Geschäften erhältlich, wo nicht, direkter Versand von der Fabrik**

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstraße 4.

Man verlange und nehme nur Reichels Essig-Essenz und achte auf unverletzten Kapselverschluß mit Marke „Lichtherz".

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Sozialreform oder Revolution von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/11*

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004R*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

Bronzegaskronen, Riesenauswahl. Gelegenheiten. Alte Jakobstr. 125. *

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14.

Tischdecken (reich gestickt), in Viktoriatuch 1,85—3 Mark, in Velvetplüsch 4,85—5,65. Salon-Extrapreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 919R*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. *

Pfandleihhaus! Rixdorf, Bergstraße 58. Räumungshalber spottbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Wäscheverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Möbelstücke! Diverses! Spottpreise! 992R*

Teppiche mit Farbfehlern für die Hälfte. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1058R

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Haarfärbemittel, unübertroffen, Probeflasche 0,40. Winterfeldt, Steglitzerstraße 25. 867b*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhof. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt. 1074b*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Der Kleingarten, seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung, von Max Hesdörffer. Preis 60 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Kinderwagen, neu, dringend, 16,00. Mitschke, Exerzierstraße 25. *

Litauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte, spottbillig, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67. 1099b

Hermannplatz 6! Pfandleihhaus. Staunendbilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Sommerpaletots! Gehrockanzüge! Jackettanzüge! Herrenhosen! Riesenauswahl Brautgeschenken! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Goldene Uhren! Teppichverkauf! Steppdecken! Nähmaschinen! Sonntags ebenfalls geöffnet. †101*

Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Staunendbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

Zentral-Bobbin, große und kleine, verkauft Kinhel, Naunynstraße 34.

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 269/14*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Geschäftsverkäufe.

Gutgehender Gasthof, acht Meilen von Berlin, Stettiner Bahn, ist wegen anderweitigen Unternehmens preiswert zu verkaufen. Fabrik, über 100 Arbeiter beschäftigt, Verkehrslokal. Zu erfragen abends 6½ bis 9 bei Krippstädt, Große Frankfurterstraße 1, 2 Treppen. †40

Friseurgeschäft krankheitshalber sofort verkäuflich, 300, Miete 384. Zu erfragen Bugenhagenstraße 6. †120

Wollen Sie Ihr Grundstück, Geschäft oder Fabrik schnell verkaufen, diskret verkaufen, so wenden Sie sich sofort an Richard Ruth u. Co., Berlin C. 54, Rosenthaler Straße 65. Tel.: Amt III, 7670. 1030R*

Seifengeschäft, schöne Wohnung, billig, Lortzingstraße 25, beim Verwalter. †90

Bäckerei-Niederlage verkäuflich Sanderstraße 31, Ecke Kottbuserdamm. †101

Zigarrengeschäft, gute Existenz, gegenüber Heymannscher Lesehalle, große Wohnung, billige Miete, Adalbertstraße 51. 1008b

Obst-, Kolonialwaren-Geschäft, Rolle, guter Warenbestand, krankheitshalber verkäuflich. **Haupt,** Danzigerstraße 29 II. 1099b

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 1009R*

Billige Möbel sind zu verkaufen Kreuzbergstraße 23, Quergebäude parterre. 1088b

Selten günstiges Angebot! Die wiederkehrende Gelegenheit bietet sich Käufern, da durch riesenhafte Abschlüsse große Posten Möbel fast zum halben Preise verkaufen kann. Darunter Wohnungseinrichtungen von 150,— an. Kleiderspind 24,—, Vertiko 27,—, Ausziehtisch 15,—, Bettstellen mit Matratze 19,—, Waschtoilette 20,—, elegante Taschensofas 44,—, Büfetts 100,—, englische Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 39,—, Herrenschreibtisch 28,—, moderne Küchen von 40,— an. Lagerung, Transport frei. Möbelkaufhaus Köpenickerstraße 29, Köpenicker Brücke. Sonntags geöffnet.

Fahrräder.

Fahrräder, Teilzahlungen. Inwalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 3305R*

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 977R*

Halbrenner, neuer, schnellstens, Neue Schönhauserstraße 1a, II. †148*

Herrenfahrrad, nagelneues, Garantieradd, notgedrungen, billig, Exerzierstraße 25, III links. †148*

Tandem verkauft Esau, Lychenerstraße 19. †71

Verschiedenes.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint, Berlin C., Joachimstraße 11c, Reparaturen, Tonverbesserungen preiswert. 871b*

Patentanwalt Wetzel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunstisopieret von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Volkssänger-Gesellschaft Schmelzer, Stettinerstraße 57. †50*

Elsholz, Komiker, Gesellschaft, Gropiusstraße 6. 1011b*

Simplicissimus-Jahrgänge, Klassiker, andere Bücher kauft Beyer, Oranienstraße 138. 1072b*

Aufpolsterung. Bettmatratze 4,00, Sofa 5,00, auch außerm Hause. Hoffmann, Neue Königstraße 30.

Volkshumorist „Sinske" Wrangelstraße 25 I. †3

Jeschek-Ensemble Gethsemanestraße 3. †71*

Komiker, billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwartz. 1090b*

Vermietungen.

Billige Läden im Hause Berlin, Kolonienstraße 73 bei Krenz. 1024b*

Wohnungen.

Sonnenburgerstraße 27 Zwei- und Dreizimmerwohnungen sofort, auch später. 905b*

Soldinerstraße 16 Zwei- und Dreizimmerwohnung sofort, auch später. 906b*

Billige Wohnungen, ein und zwei Zimmer, im neuen Hause Berlin, Kolonienstraße 73 bei Krenz. 1023b*

1 Stube, Küche 19, 2 Stuben, Balkon 35, Mainzerstraße 17, Nähe Frankfurter Allee. †41

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, 15 Mark inklusive vermietet Gundlach, Rixdorf, Reuterstraße 37. 1085b

Möbliertes Zimmer 1 auch 2 Herren zu vermieten Simeonstraße 5, II links. 1091b

Einfach möbliertes Zimmer, Herrn, Hasenheide 73, Härtel. 1094b

Freundliches Zimmer, gut möbliert, Beyer, Sickingenstraße 79, II.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, allein, vermietet Killesit, Turinerstraße 5.

Schlafstelle für Herrn. Frau Kirsch, Liebigstraße 33, III. †26

Gemütliche Schlafstelle, Teilnehmer, auch Kost. Müller, Simon Dachstraße 15, vorm IV. †40

Schlafstelle für zwei Herren bei Großmann, Fidicinstraße 28. †135

Mietsgesuche.

Herr sucht möbliertes Zimmer, allein, Süden oder Südwesten. Offerten bitte H., „Vorwärts"-Expedition, Prinzenstraße 31. †134

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. **A. Gläser,** Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Gürtler- und Dreherlehrlinge sowie einen Formerlehrling stellt unter günstigen Bedingungen ein: Karl Millarg, Bronzewarenfabrik, O. 98, Gotzkerstraße 20. 1059R*

Tüchtiger Polierer aus der Holzleistenbranche wird als Vorarbeiter verlangt. Derselbe muß mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut sein und auch das Preßvergolden mit der Maschine verstehen. Offerten mit Gehaltsforderungen Z. 1 an die Expedition des „Vorwärts". 1089b

Büstenkleber, Bezieher sucht Hoffmann, Friedenowstraße 3. †71

Kunstschmiede, selbständige, verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. †110*

Tüchtigen Rahmenmacher verlangt Goldleistenfabrik Alexandrinenstraße 25.

Tüchtige Speditions-Möbeltransport-Kutscher verlangt Köpenickerstraße 127. 1102b

Mamsells auf Plüsch-Paletots in und außerm Hause verlangt Grabert, Skalitzerstraße 44. †3

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Linke, Mauerstr. 89.
A. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Emmanuelkirchstr. 12.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Karl Weiße, Nazarethkirchstr. 49.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Weckert, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
Dehne, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Reforstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 30a.

Reinickendorf:
P. Gursch, Grünerweg 46.

Treptow: 245/2*
R. Gramenz, Kiesdolzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Sonntag, den 23. August 1908, veranstaltet der Wahlverein einen Familienausflug. Treffpunkt: Morgens 6 Uhr im Lokal von Gundlach, Markgrafendamm 3. Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof 7,01 Uhr nach Rehfelde. Daselbst Aufenthalt bei den dortigen Genossen, mittags von Rehfelde zu Fuß nach dem Restaurant Schlagmühle bei Strausberg. Abends zu Fuß durchs Annatal nach Bahnhof Strausberg. Die Sangesbrüder werden gebeten vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Zahlreiche Beteiligung der Genossen und ihrer Angehörigen erwartet Der Vorstand.

Bernau. Zu der am Sonnabend, den 22. August, abends 8½ Uhr bei Kunze stattfindenden Wahlvereinsversammlung mit Frauen findet morgen, Donnerstag, von 6 Uhr ab eine Handzettelverbreitung von Kunze aus statt. — Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Potsdam. Heute, Mittwoch, findet der erste Zahlabend statt: für die Stadtbezirke: 1, 2, 3, 7, 10, 11, 12, 19 bei Gastwirt Wegner am Alten Markt (Ecke Kaiserstraße) im Keller; für die Stadtbezirke: 4, 5, 6, 8, 9, 13 bei Ladenthin, Kaiser-Wilhelm-Straße 38; für die Stadtbezirke: 14, 15, 16, 17, 18 bei Lindemann, Viktoriagarten. Zahlreiche Beteiligung von Genossen und Genossinnen bei diesem ersten Zahlabend erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Vom „Hauptmann" von Köpenick.

Der Tilsiter Schuhmacher Voigt ist gestern und vorgestern förmlich umlagert worden. Tausende wollten den Mann sehen. Viele Hunderte sendeten ihm Blumen, Eßwaren, Trinkwaren und Geld. Der Seifenvorrat seiner Schwester soll schier ausverkauft worden sein. Anerbietungen aller Art sind ihm gemacht. Kapitalistische Ausschlachtungen des „interessanten" Mannes suchten Varietes, Schaubudenbesitzer u. a. m. Den Vogel schoß der mit Reichsverbandsmaterial gefüllte „Tegeler Anzeiger" ab. Er wollte den Schuhmacher zum Sitzen für das Tegeler Blättchen bringen. Voigt lehnte all' den Rummel ab. Der Mann hat nach dem, was er jetzt erlebt, recht, wenn er die herrschende Klasse und deren Vertreter noch tiefer einschätzt, als er bei dem Entwurf seines Köpenicker Feldzugsplanes getan hat. — An einer endlichen Aufhebung der Bestimmung aus dem Jahre 1842, die der Polizei noch immer gestattet, Leute auszuweisen, während sie ehrlicher Arbeit nachgehen, arbeitet der Polizeiminister noch nicht.

Zu den Zeppelin-Sammlungen.

Eigenartig kommen Quittungen über die Zeppelinspende zu stande. So steht im „Lokalanzeiger" „Ertrag einer 10 Pf.-Sammelliste beim Personal der Firma August Scherl G. m. b. H. 80 M." Das sieht so aus, als seien da 800 Beiträge zusammen gekommen. In Wahrheit steht es ganz anders. Die Scherl-Liste ist überhaupt ungezeichnet geblieben z. B. in den Abteilungen der Firma August Scherl G. m. b. H.: Setzerei Gartenlaube, Zeitungs- und Akzidenz-Stereotypie, Galvanoplastik, Rotationsmaschinensaal, Maschinensaal der „Woche", Falzerei. In all diesen Abteilungen ist kein Pfennig gezeichnet, hat eine Liste überhaupt nicht zirkuliert. Die 80 M. sind von wenigen Personen, insbesondere vom kaufmännischen Personal durch Beiträge von 3, auch 5 M. zusammengebracht. Auch im Scherl-Verlag sind nicht annähernd 800 Personen beschäftigt, die geneigt wären, Geld in die Luft oder gar für Militärzwecke fortzuwerfen.

„Bestellungsschwindler"

darf man nicht gleich jeden jener Agenten nennen, die als Vertreter von Buchhandlungen, Photographenateliers und so weiter von Haus zu Haus gehen und zur Bestellung von Lieferungswerken, Photographievergrößerungen usw. zu animieren suchen. Aber die Ueberredungskünste, deren sie sich mi oder ohne Wissen und Willen ihrer Auftraggeber hierbei bedienen, sind mitunter doch von der Art, daß mancher, der ihnen erlag, hinterher sich übertölpelt vorkommt.

Wir glauben im Interesse aller Beteiligten zu handeln — des Publikums, das von solchen Agenten heimgesucht wird, und vielleicht auch der reelleren unter den Firmen, die die Agenten umherlaufen —, wenn wir hier zum soundsovielten Male davor warnen, in übereilter und leichtsinniger Weise sich auf Bestellungen einzulassen, deren Tragweite dem Besteller nicht ganz klar ist. Oft werden da Bestellscheine unterschrieben, die kaum recht durchgelesen wurden oder deren Sinn dem Lesenden unverständlich blieb. Die Redegewandtheit des Agenten, der die Vorzüge seiner Ware und ihre Billigkeit sowie die Leichtigkeit der Zahlungsbedingungen so eindrucksvoll zu preisen weiß, nimmt dem Besteller die Last eigenen Nachdenkens ab. Bald genug kommt hinterher die Ernüchterung, und der Besteller bereut, dem Bestellungsaufschwatzer den Zettel unterschrieben zu haben. Wenn dann die bestellte Sache geliefert wird und bezahlt werden soll, wird die Annahme verweigert — ein Mittel, das höchstens dann Erfolg verspricht, wenn sich nachweisen läßt, daß der Besteller tatsächlich beschwindelt worden ist.

Klagen über verdrießliche Erfahrungen, die mit solchen Agenten gemacht wurden, gelangen oft an uns. Wir wollen heute zwei Fälle mitteilen, die als Musterbeispiele gelten können.

Ein Mann schreibt uns, seine Frau habe ohne sein Wissen sich von einem Agenten der Buchhandlung Edmund Herrmann (Berlin, Fruchtstr. 17) zur Bestellung eines Buches verleiten lassen, das den Titel „Jede Frau ihre eigene Schneiderin" trägt und die Kleinigkeit von 16,50 M. kostet. Die Frau habe zunächst nicht herangewollt, sie sei aber von dem Agenten in so aufdringlicher Art „bearbeitet" worden, daß sie schließlich, „um diesen Herrn los zu werden" (!), den Bestellschein unterschrieb. Der Agent habe ihr gesagt, auch von einer Nachbarin sei das Buch bestellt worden, doch habe sich das hinterher als unwahr herausgestellt. Von der Buchhandlung sei später das Buch geliefert worden, die Frau habe aber jetzt die Annahme verweigert; sie habe keine 16,50 M. drüber, und er selber stelle ihr zu solchen Ausgaben kein Geld zur Verfügung. Die Buchhandlung habe dann um Abnahme gemahnt, und sie drohe nun mit Klage, falls das Buch nicht abgenommen werde. Interessant ist, daß die Benachrichtigung, in der die Firma Klage in Aussicht stellt, nicht ein geschriebener Brief, sondern ein gedruckter Zettel ist. Offenbar sind die Annahmeverweigerungen so zahlreich und die dadurch notwendig werdende Korrespondenz ist so umfangreich, daß sie von dem Personal der Firma nicht mit Feder oder Schreibmaschine bewältigt werden kann. Die Firma dürfte auf diesem Gebiete Uebung haben. Wir fürchten, daß sie Siegerin bleiben wird.

Eine andere Zuschrift berichtet an uns über die Enttäuschung, die dem Einsender durch ein „Atelier für moderne Porträtvergrößerungen" bereitet worden ist. Ein Mann hatte sich durch einen hausierenden Agenten der „Monopol-Porträtgesellschaft" (Berlin, Dircksenstr. 45) überreden lassen, eine Photographievergrößerung zu bestellen, die 1,50 M. kosten sollte und tadellos sein würde. Wenn das Porträt ihm nicht gefalle, so brauche er, versicherte der Agent, es nicht abzunehmen. Auch gab der Agent auf die zweifelnde Frage, ob man denn für 1,50 M. eine Photographievergrößerung dieser Art liefern könne, die beruhigende Antwort, das Geschäft wolle hiermit Reklame für sich machen. Uebrigens erklärt auch die „Monopol-Porträtgesellschaft" in einem durch ihre Agenten überreichten Zettel, sie bezwecke durch dieses „außergewöhnliche Angebot", ihre „rühmlichst bekannten" Porträts in noch weitere Kreise einzuführen. Als nun die Vergrößerung geliefert wurde, war der Besteller keineswegs „von der lebenswahren Aehnlichkeit des Porträts erfreut", wie der Zettel es ihm versprochen hatte. Er verhehlte dem Ueberbringer nicht, daß er sich stark enttäuscht fühlte. Da holte dieser geschwind aus seiner Mappe ein anderes Porträt hervor, das dem Enttäuschten viel schöner erschien, und belehrte ihn, wenn er die Vergrößerung in dieser Art ausgeführt wünsche, so koste das 6 M. Das war eine neue Enttäuschung. Sie veranlaßte den Besteller, jetzt überhaupt auf Lieferung zu verzichten und die Photographie zurückzufordern. Doch der Agent verlangte, daß man ihm zuvor die 1,50 M. zahle, und als das verweigert wurde, behielt er die Photographie. Herausgeben muß er sie, das ist zweifellos. Ob auch der Besteller genötigt werden kann, die „lebenswahre Aehnlichkeit des Porträts" anzuerkennen, das vermag nur ein Sachverständiger zu beurteilen und nur dann, wenn es ihm vorgelegt wird.

Der Besteller des Porträts wurde, als er die Annahme verweigerte, von dem Agenten entrüstet gefragt, ob er sich einbilde, daß einer was verschenken könne. Da hatte der Agent recht: es kann kein Geschäftsmann was verschenken und will auch keiner was verschenken. Und das gilt nicht nur für das „außergewöhnliche Angebot" eines Porträts zum Preise von 1,50 M., sondern auch für die auf gleiche Art vertriebenen Erzeugnisse des Buchhandels, zu deren Bestellung unerfahrene Personen sich verleiten lassen. Es ist dringend davor zu warnen, hineinzufallen auf die Anpreisungen zungenfertiger Agenten und Bestellzettel unbesehen zu unterschreiben. Die Agenten müssen sich mit diesem Gewerbe ihr bißchen Brot verdienen. Sie müssen daher alle Ueberredungskünste spielen lassen, um sich die paar Pfennige Provision buchen zu können und nicht etwa von ihrem profitheischenden Auftraggeber wegen Leistungsunfähigkeit hinausgeworfen zu werden. Hat man unterschrieben, dann ist man in der Regel rechtlich zur Zahlung verpflichtet, es sei denn, man hat das Glück minderjährig zu sein. Minderjährige (noch nicht 21 Jahre alt) werden durch solche Bestellscheine nicht verpflichtet.

Eine „Privatpost Courier",

die sich zur Beförderung von Briefen, Drucksachen, Warenproben, Postanweisungen, zur Einziehung von Postaufträgen, Rechnungen, Quittungen, Kollekten, zur Verteilung von Prospekten, Katalogen und Drucksachen aller Art erbot, war von einem Herrn Herzberg geplant. Die „G. m. b. H.", die das Unternehmen betreiben sollte, hatte im Hause Lindenstraße 3 bereits ein Bureau eingerichtet, doch scheint der Fortbestand dieser ganzen Herrlichkeit jetzt plötzlich in Frage gestellt zu sein, weil Herr Herzberg, ihr „Direktor", am Freitag in Haft genommen worden ist. Ueber den Grund seiner Verhaftung ist nichts Sicheres bekannt. Sie dürfte aber Aufsehen erregen in den Kreisen derjenigen, die Herrn Herzberg Kautionen in Höhe von etlichen hundert Mark anvertraut haben, weil sie Anstellung bei ihm erreichen wollten. Es wird übrigens behauptet, noch nach der Verhaftung des Herrn „Direktors" sei von anderer Seite der Versuch gemacht worden, für die „Privatpost Courier" kautionsfähige Personen zu werben. Einer, der noch am Montag dort angestellt zu werden wünschte, teilt uns mit, er hätte gern ein Sparkassenbuch hergegeben, es sei ihm jedoch bar Geld abverlangt worden, und da er das nicht habe geben können, sei aus dem Engagement nichts geworden. Er bedauerte nicht, nachdem er hinterher erfahren hat, daß der Herr „Direktor" einstweilen verhindert ist, sein Unternehmen zu leiten. Ein anderer, der gleichfalls noch am Montag sich bei der „Privatpost Courier" um Stellung bemühte, kriegte dann noch an demselben Tage eine Postkarte, die in nahezu unleserlicher Schrift ihn aufforderte: „Geehrter Herr! Sie wollen sich auf Ihre werte Offerte in der Lindenstr. 3, 1 Treppe, melden bei der „Privatpost Courier", da wir noch Leute brauchen als Briefträger. Kaution ist erforderlich. Melden von früh 9—12 vormittags. Monatlich 120 M. Gehalt." Die Unterschrift ist nicht zu entziffern. Es scheint, daß dem Herrn „Direktor" Herzberg Personen zur Seite stehen, die sich noch Erfolge versprechen.

Der Hausvogteiplatz, der jetzt durch die Anlage der Untergrundbahnstation ein verändertes Aussehen erhält, hat im Laufe der Zeit schon mancherlei Wandlungen durchgemacht. Hier war früher ein kurfürstliches Vorwerk, der Platz hieß erst der „Krähenmarkt", später auch „Schinkenplatz". Sein Hauptgebäude war ein Zeughaus in gleicher Flucht mit der Niederwallstraße, das im Jahre 1739 abgerissen wurde, als die Passagen, welche damals durch die Anlage der Mohren- und Schinkenbrücke oder die Verbindung der Mohren- und Jerusalemerstraße mit dem Werder hergestellt wurden. Auf dem Gelände des alten Jägerhofes entstand dann das Hausvogteigebäude, in welchem seit 1750 bis zur Eröffnung des Kriminalgebäudes in Moabit die Sitzungen des ehemaligen Kreisgerichts, später des Landgerichts und Amtsgerichts II stattgefunden haben. Bis zum Jahre 1733 war der größte Teil des Platzes eine unbebaute Bastion. Der Jägerhof, eine für die königlichen Jagdbeamten bestimmte Anlage, hatte seinen Mittelpunkt im Hause Oberwallstr. 10, erstreckte sich aber mit seinen Nebengebäuden und Höfen über den größten Teil des heutigen Hausvogteiplatzes; auch die Reichsbank, früher Königliche Hauptbank, steht auf einem vom alten Jägerhof abgezweigten Grundstück.

Die städtische Fortbildungsschule für schwachbeanlagte Knaben und Mädchen (Brunnenstr. 186), die jetzt von zirka 250 Schülern und Schülerinnen besucht wird, bittet um Angabe von Adressen zur Unterbringung mehrerer Schüler und Schülerinnen in Arbeitsgelegenheiten. Für Uebermittelung von Adressen wäre die Schule dankbar.

Handfertigkeitsunterricht an den höheren Lehranstalten. Ueber die Einführung von Handfertigkeitsunterricht an den höheren Lehranstalten hat der Minister der geistlichen und Unterrichtsusw. Angelegenheiten an das Provinzialschulkollegium eine Verfügung erlassen, nach der letzteres eine Erhebung darüber anstellen soll, ob ein Bedürfnis besteht, allgemein für die Einführung dieses praktischen Unterrichtszweiges Vorkehrungen zu treffen. Das Provinzialschulkollegium hat daraufhin an die Direktoren der höheren Lehranstalten eine Rundfrage gerichtet, sich darüber und über die eventuell entstehenden Unkosten zu äußern, damit es zu dieser Frage Stellung nehmen kann. Es mag dabei bemerkt werden, daß der Handfertigkeitsunterricht bereits an mehreren höheren Lehranstalten als wahlfreies Fach eingeführt worden ist. Der Erteilung dieses Unterrichtes soll ein Mangel an geeigneten Lehrkräften und an Zeit entgegenstehen, die eine Erhöhung der Stundenzahl nicht zuläßt. Das Interesse an diesem Fache seitens der Schüler ist ein sehr großes, besonders in den unteren Klassen, wo der Spieltrieb leicht zur Handfertigkeit übergeleitet werden kann.

Ein Rückgang der Abzahlungsgeschäfte wird seit geraumer Zeit beobachtet. Angestellte solcher Geschäfte erklären, daß die „Barbiererei über den Löffel" schon lange nicht mehr so flott wie früher geht. Bedeutet auch das Abzahlungssystem für die Minderbemittelten heutzutage leider noch eine Art sozialer Notwendigkeit, so wäre es doch mit Freuden zu begrüßen, wenn sich das interessierte Publikum von solchen Abzahlungsgeschäften, die die Notlage besonders ausbeuten, abwendet. Wir haben ja mehrfach Veranlassung genommen, bestimmte Firmen dieser Sorte, deren System hart an Betrügerei grenzt, gebührend festzunageln.

Das Gerücht von einem Morde war gestern in Charlottenburg verbreitet. Als Montag nachmittag gegen 5 Uhr Verwandte der in dem Hause Schloßstr. 62 wohnenden 70jährigen Privatiere Auguste Minge geb. Runge letztere besuchen wollten, wurde ihnen nicht geöffnet. Da die alte Dame aber nur sehr selten ausging und nach 4 Uhr nachmittag ihre Wohnung fast gar nicht zu verlassen pflegte, schöpften die Angehörigen Verdacht und ließen die Tür durch einen Schlosser öffnen. In der Küche lag auf dem Fußboden die blutbedeckte Leiche der M. Da sich am Kopfe der Toten einige Wunden zeigten, nahm man an, daß die alte Dame das Opfer eines Raubmordes geworden sei. Wie sich aber bei der ärztlichen Untersuchung herausstellte, ist Frau Minge bereits vor einigen Tagen offenbar einem Schlaganfall erlegen. Sie muß hierbei gegen einen scharfen Gegenstand gestürzt sein und sich so die Verletzungen zugezogen haben. Geraubt ist in der Wohnung nicht das geringste und auch sonst deutet nichts auf ein Verbrechen hin. Die Leiche der Verstorbenen wurde nach dem Westender Schauhause gebracht.

Von einem Geisteskranken erschlagen. Der Zeitungshändler Blask wurde am Sonntagabend von einem gewissen Predke in der Birkenstr. 17 überfallen und erschlagen. Der gelähmte Schuhmacher Ludwig, bei dem sich Blask zu Besuch aufhielt, holte Hilfe. Der alte, in seinem Bezirk allgemein beliebte Händler war aber bereits dem Ueberfall zum Opfer gefallen, als hilfsbereite Leute herbeieilten. Der Täter soll geisteskrank sein.

Deutsche Briefmarken mit französischem Aufdruck. Deutsche Briefmarken mit Aufdruck in französischer Sprache und französischer Währung — dies ist die letzte Neuheit auf dem Gebiete deutscher Postwertzeichen. Zur Herstellung dieser Abart sind unsere gewöhnlichen Briefmarken mit dem Kopf der Germania und der Aufschrift „Deutsches Reich" verwendet. Der Aufdruck geht schräg über das ganze Wertzeichen von der linken unteren nach der rechten oberen Ecke. Er lautet in schwarzer Schrift „5 Centimes". Es gibt solche Briefmarken zu 5, 10, 25, 50 und 100 Centimes, die mit Reichs-Postmarken zu 5, 10, 20, 40 und 80 Pfennig hergestellt sind. Außer diesen fünf Briefmarken gibt es noch vier besonders interessante „Ganzsachen". Es ist dies je eine Weltpostkarte mit und ohne Antwort. Der Wertstempel zu 10 Pf. trägt den Aufdruck 10 Centimes. Außerdem gibt es einen Briefumschlag und ein Streifband mit dem aufgedruckten Wertstempel von 5 Centimes auf dem deutschen Wertstempel von 5 Pf. Die eigenartigen Wertzeichen sind von den deutschen Postanstalten in der Levante ausgegeben worden. Der amtliche Briefumschlag mit aufgedrucktem Wertzeichen ist bekanntlich eine Eigentümlichkeit von Jerusalem. Die Ausgabe deutscher Postwertzeichen in französischer Währung ist durch die Verausgabung solcher Briefmarken durch andere fremde Postverwaltungen bedingt. Die neuen italienischen Postämter verkaufen ihre Wertzeichen in der heimischen lateinischen Währung. Oesterreich hat seine Jubiläumsmarken auch zur Ausgabe von Briefmarken in französischer Währung benutzt. Die Marken stellen sich so etwas billiger als in der landesüblichen Währung in Para und Piaster. Die Wertzeichen in französischer Währung werden an Handelshäuser mit großer Auflieferung abgegeben. Wie bei den anderen Postanstalten bleiben auch die deutschen Wertzeichen in türkischer Währung daneben bestehen.

Nachnahme-Briefsendungen nach dem Auslande. Für Nachnahme-Briefsendungen nach dem Auslande ist ein besonderer Zettel zum Aufkleben vorgesehen, der neben der Bezeichnung „Nachnahme" auch den Aufdruck „Remboursement" trägt. Vielfach werden aber auch auf Nachnahme-Briefsendungen nach dem Auslande Inlandzettel geklebt, die nur die Bezeichnung „Nachnahme" tragen. Diese unrichtige Bestellung hat wiederholt zur Folge gehabt, daß im Auslande die Nachnahmesendung als solche nicht erkannt und der Nachnahmebetrag nicht eingezogen worden ist. Da das Aufkleben der Nachnahmezettel häufig von den Absendern selbst geschieht, so ist eine Anordnung des Reichspostamts darüber von allgemeinem Interesse. Die Postanstalten werden darin angewiesen, auf eine richtige Bezettelung der Nachnahmesendungen nach dem Auslande besonders zu achten. Die Postanstalten an der Grenze sollen künftig die Bezettelung prüfen und unrichtige Zettel durch vorgeschriebene überkleben. Jeder derartige Fall wird dann auch an die absendende Postanstalt zurückgemeldet

Das Erbe des Kanoniers. 125 000 Mark will der fahnenflüchtige Kanonier Scharner vom 1. Garde-Feldartillerie-Regiment, der gegenwärtig die Vororte durch seine Schwindeleien unsicher macht, geerbt haben. Der Betrüger, der vor einigen Wochen fahnenflüchtig wurde, mietet sich bei Gastwirten ein und erzählt dann, er habe von seinen Eltern, die plötzlich beide verstorben seien, 125 000 Mark geerbt und er habe vom Regiment einen längeren Urlaub erhalten. Der Betrüger schmiedet dann mit seinen Opfern allerhand Zukunftspläne, und er versteht es, die Leute derartig zu düpieren, daß diese ihm Geldsummen leihen und ihn auf Kredit beköstigen. Große Wein- und Sektgelage werden auf „Kosten" des freigebigen Kanoniers veranstaltet, und sobald diesem der Boden in dem betreffenden Vorort zu heiß wird, verschwindet er auf Nimmerwiedersehen. Das Kriegsgericht der 1. Garde-Division hat hinter dem Deserteur einen Steckbrief erlassen.

Autounfall. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Motorrad hat am Montag auf der Chaussee zwischen Schöneiche und Friedrichshagen stattgefunden. Das Automobil fuhr mit solcher Gewalt gegen das Motorrad, daß der Fahrer zu Boden geschleudert wurde und unter das Rad fiel. Der Benzinbehälter kam durch den Zusammenstoß zur Explosion und der Verunglückte wurde von den Flammen erfaßt und erlitt am ganzen Körper nicht unerhebliche Brandwunden. In dem Automobil wurde der Bedauernswerte nach dem Krankenhause gebracht.

Straßenbahnunfälle. Große Aufregung rief ein dreifacher Zusammenstoß hervor, der sich am Montagabend auf dem Potsdamer Platz ereignete. Der Kutscher eines Privatfuhrwerkes, in dem ein Arzt mit seiner Frau saß, versuchte zwischen zwei sich entgegenkommenden Straßenbahnwagen hindurchzufahren. Das leichte Gefährt wurde jedoch von beiden Motorwagen erfaßt und förmlich eingequetscht. Das Pferd riß sich jetzt los und raste über den Potsdamer Platz hinweg nach der Potsdamer Brücke zu. Dort gelang es einem Schutzmann, das wilde Tier aufzuhalten. Das Fuhrwerk ist fast gänzlich zertrümmert worden. Der Kutscher erlitt äußere Kontusionen. — In der Brunnenstraße wurde gestern morgen ein Kind schwer verletzt. Der dreijährige Max Creschweski, Jasmunder Straße 4, war in Begleitung seines 12jährigen Bruders im Humboldthain gewesen. Auf dem Heimwege gerieten die beiden Knaben in die Gefahr, von einem Flaschenbierwagen überfahren zu werden. Während es dem älteren gelang, sich in Sicherheit zu bringen, geriet der Kleine unter die Vorderplattform eines entgegenkommenden Straßenbahnwagens. Das unglückliche Kind wurde derartig unter dem Wagen eingequetscht, daß dieser hochgehoben werden mußte. Der Kleine sah schrecklich aus; der Kopf und das Gesicht waren ihm zerfetzt, Arme und Beine wiesen Verletzungen auf und auch schwere innere Verletzungen waren ihm zugefügt worden. In äußerst bedenklichem Zustande wurde der Kleine davongeschafft.

Selbstmorde. Der erst 15 Jahre alte Kellnerlehrling Ewald Graßhoff aus der Rathenower Straße hat sich vor die Maschine eines heranbrausenden Schnellzuges der Lehrter Bahn geworfen und war auf der Stelle getötet worden. Ueber die Gründe des Selbstmordes ist nichts bekannt. — Der 35 Jahre alte Klempner Martin R. aus der Greifswalder Straße vergiftete sich auf dem Georgenkirchhof an der Roelckestraße mit Lysol und wurde später in leblosem Zustande zwischen den Gräbern aufgefunden. Auf

dem Transport nach dem Krankenhause erlag er den Wirkungen des Giftes, ohne vorher das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Verschwundener Schulknabe. Der 11jährige Sohn Alfred der Witwe Bieta, Landsberger Allee 42, welcher sich seit einigen Tagen bei einem Verwandten in der Samariterstraße aufhielt, ist gestern spurlos verschwunden. Der Knabe sollte 100 Mark bei dem Postamt 112 einzahlen, ist dort aber nicht gewesen. Seine Angehörigen halten es für vollständig ausgeschlossen, daß er sich böswillig entfernt hat und nehmen an, daß der Junge verschleppt worden ist.

Eine aufregende Szene spielte sich am Dienstag abend auf dem Wedding ab. Als der 16. Löschzug von der Brandstelle Stephanstr. 44, wo der Dachstuhl gebrannt hatte, nach der Wache in der Pankstraße zurückkehrte, wurde er auf der Fennbrücke an der Fennstraße angehalten. Brandinspektor Julius ließ sofort absteigen. Der Arbeiter F. Schuster war von der hohen Brücke in selbstmörderischer Absicht in den Landwehrkanal gesprungen. Der Arbeiter K. Wilke war ihm nachgesprungen, um den Lebensmüden zu retten. Wilke erfaßte denn auch den schon mit dem Tode ringenden Schuster und brachte ihn an die Kaimauern. Beide wurden dann auch herausgeholt und Schuster nach dem Polizeirevier gefahren, wo man ihn einstweilen behielt. Der brave Retter begab sich ganz erschöpft nach seiner Wohnung.

Autobusse zwischen dem Schlesischen Tor und Treptow sollen von 4 Uhr nachmittags ab in Abständen von 10 Minuten heute und morgen aus Anlaß des Korsofestes an der Oberspree verkehren.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Dienstag hatte die 2. Kompagnie in der Dresdener Straße 38 zu tun, wo gegen Mitternacht in einer Tischlerei Feuer ausgekommen war. Es gelang durch sofortiges kräftiges Wassergeben, den Brand auf die Tischlerei zu beschränken. Die Entstehung war nicht mehr zu ermitteln. Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die telephonisch nachts aus der Friedrichstraße 100 einlief. Leider ist es nicht gelungen, den Täter zu ermitteln. Ferner hatte die Wehr in der Dreysestraße 11 und anderen Stellen zu tun.

Großfeuer kam gestern mittag in Schöneberg, Menzelstr. 21, aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Das Haus liegt im Friedenauer Ortsteil und wird von zahlreichen Parteien bewohnt. Als die von mehreren Seiten alarmierte Schöneberger Feuerwehr an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl des rechten Seitenflügels schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverschläge, besonders am Hausrat der Mieter, reiche Nahrung gefunden, so daß die Feuerwehr mit vier Schlauchleitungen von Dampfspritzen vorgehen und längere Zeit kräftig Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten. Der Dachstuhl des rechten Seitenflügels konnte nicht mehr gerettet werden. Die Entstehung des Brandes wird von den Hausbewohnern auf Brandstiftung zurückgeführt, doch ließ sich diese nicht mehr feststellen, weil der Brand schon über seinen Herd hinaus war, als er bemerkt wurde.

Der übliche Dachstuhlbrand traf gestern die Stephanstraße 44 (Moabit) am Stephan-Platz. Der 15. Zug gab kräftig Wasser. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Auf dem Jubiläumsfest des Zentralverbandes der Zimmerer in der Neuen Welt ist ein goldenes Herrenmedaillon mit drei Photographien verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, das Medaillon im Zentralverband, Engelufer 15, oder bei Husch, Warschauer Straße 67 IV, abzugeben.

Aus der Treptower Sternwarte. Ueber die „Metallverwandlungsversuche der Alchimisten, deren wissenschaftliche Leistungen und die berühmtesten Schwindler und Abenteurer unter ihnen" spricht Kammerherr Dr. Kekule von Stradonitz am 212. Vortrags- und Beobachtungsabend des Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte (E. V.) am Mittwoch, den 19. August cr., abends 8½ Uhr, im Restaurant Knape, vorm. Zenner, Treptower Chaussee 22 (Hörsaal 1 Treppe). Aus dem reichhaltigen Programm erwähnen wir folgende Punkte: Die Theorien der Alchimisten. — Der Stein der Weisen. — Ein gekrönter Alchimist. — Alchimisten am Berliner Hofe. — Die drei ganz großen alchimistischen Schwindler. — Kortum, der Dichter der „Jobsiade" als Alchimist. — Der Kniff der Alchimisten. — Ein erhaltenes alchimistisches Laboratorium aus alter Zeit. — Nach dem Vortrage, der mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet ist, wird mit dem großen Fernrohr Saturn und sein Ringsystem beobachtet. Gäste, Damen und Herren, haben zum Vortrage Zutritt. Anmeldungen zur Mitgliedschaft, die für einen Jahresbeitrag von zwölf Mark nicht nur zum freien Eintritt zu den Vorträgen und zur freien Beobachtung, sondern auch zum freien Bezuge der illustrierten Zeitschrift „Das Weltall" berechtigt, erbittet die Direktion der Treptow-Sternwarte.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg bei Wieloch, Grunewaldstr. 110; 4. Abteilung in Lichtenberg bei Beckmann, Samariterstr. 11; 5. Abteilung in Rixdorf bei Thiel, Bergstr. 151/152. Vortrag über Krankenpflege und Transport Erkrankter. Daran anschließend praktische Uebungen. — Zu der am Sonntag stattfindenden Tagespartie Erkner—Strausberg, mit Besichtigung der Rüdersdorfer Kalkberge unter sachverständiger Führung, werden die Teilnehmer ersucht, sich zahlreich einzufinden. Treffpunkt in Erkner bis 8½ Uhr in Brodts Gesellschaftshaus.

Die Brustseuche ist, wie die Polizei bekannt macht, unter den Remonten von 1907 der 8. Eskadron des 1. Garde-Dragoner-Regiments ausgebrochen.

Die Kesselstraße von der Scharnhorststraße bis einschließlich der Pankebrücke wird behufs Umpflasterung vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter auf polizeiliche Anordnung gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Fassadenbau in den Vororten. Der Kreis Niederbarnim hat bekanntlich ein Preisausschreiben zur Gewinnung schöner Fassadenzeichnungen für Vorortgebäude ergehen lassen. Die besten Entwürfe sind nunmehr vom Kreisausschuß angekauft und vervielfältigt worden. Allen in Betracht kommenden Gemeinden um Berlin sind dieser Tage nun 25 verschiedenartige Fassadenzeichnungen zugegangen, deren Ausführung den Gebäuden einen künstlerischen Wert gibt, ohne daß wesentliche Mehrkosten entstehen. Die Bauämter der Vororte werden nun bei der Nachsuchung von Baugenehmigungen den Baulustigen diese Entwürfe stets vorlegen und eventuell zur Verfügung stellen um zu vermeiden, daß auch in der Zukunft noch so viele Bauherren wie gegenwärtig jeden Fassadenschmuck fortlassen, weil sie große Ausgaben für Entwürfe und teure Ausführungen fürchten.

Erweiterung des Polizeibezirks Lichtenberg. Der erst zum April dieses Jahres gebildete Polizeibezirk Lichtenberg-Boxhagen-Rummelsburg soll noch in diesem Jahre eine Erweiterung erfahren, indem er auf den Vorort Stralau ausgedehnt und die Zahl der Beamten vermehrt wird. — Für die spätere Zeit ist auch das Einbeziehen von Friedrichsfelde mit Karlshorst in den Polizeibezirk Lichtenberg-Boxhagen-Rummelsburg geplant.

Die Berliner Feuerwehr und die Vororte. Die Verhandlungen zwischen den Vorortgemeinden und dem Berliner Magistrat über die Hilfeleistung der Berliner Feuerwehr bei Bränden um Berlin sind jetzt abgeschlossen. — Mit einer Ausnahme (Wittenau-Borsigwalde) haben sich alle Vorortgemeinden bereit erklärt, die Kosten, welche der Berliner Wehr auf Vorortgebiet entstehen, zu tragen und insbesondere für verunglückte Mannschaften die Unfallgelder resp. Pensionen zu zahlen. — Nur eine Einschränkung hat auf Wunsch der Vororte stattgefunden. Während die Berliner Wehr nämlich auch auf den Wunsch von durch Feuer betroffene Hausbesitzer ausrückte, soll es für die Zukunft nur geschehen, sofern die Gemeindebehörden, Magistrat oder Polizeipräsidium, um Hilfeleistung der Berliner Wehr anrufen.

Rummelsburg.

Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung war nur von kurzer Dauer. Sie hatte sich nochmals mit der vor kurzem beschlossenen neuen Wertzuwachssteuerordnung zu beschäftigen, weil der Kreisausschuß dem vorgelegten Entwurf seine Genehmigung versagt hat. Der Landrat findet den auf Betreiben unserer Vertreter beschlossenen Höchstsatz der Wertzuwachssteuer von 25 Proz. statt der im Musterentwurf vorgesehenen 20 Proz. für zu hoch! Auch finden einige von der Gemeindevertretung gegenüber dem Musterstatut beschlossene formelle Abänderungen nicht die Gnade des Herrn Landrates. Um nun die Einführung der Wertzuwachssteuer nicht auf längere Zeit zu verzögern — stimmen auch unsere Vertreter unter der Bedingung für die Abänderungsvorschläge des Landrates — daß sofort nach Genehmigung der Wertzuwachssteuer, dann die bereits von der Gemeindevertretung beschlossenen Verbesserungs-Abänderungen zur Genehmigung einzureichen sind. In diesem Sinne wurden hierauf die Abänderungsvorschläge genehmigt. — Als einmaliger Beitrag zu der Errichtung einer Männer-Erholungsstätte durch den Volksheilstättenverein vom Roten Kreuz bei Johannisthal werden 3000 M. bewilligt, ferner wird zu den allgemeinen Verwaltungskosten der Erholungsstätte ein laufender jährlicher Beitrag von 200 M. auf vorläufig fünf Jahre bewilligt.

Der Volksheilstättenverein verpflichtet sich dagegen: in der neuen Erholungsstätte während des Sommerbetriebes täglich 25 und während des Winterbetriebes täglich 8 erholungsbedürftigen männlichen Einwohnern der Gemeinde Boxhagen-Rummelsburg gegen Zahlung eines täglichen Verpflegungssatzes von 55 Pf. im Sommer und 70 Pf. im Winter Aufnahme zu gewähren. — In nicht öffentlicher Sitzung gab die Gemeindevertretung einstimmig ihre Einwilligung dazu, daß die Jagen 351 (Eigentümerin die Gemeinde Rummelsburg) und Jagen 353 (Eigentümer preußischer Forstfiskus) aus dem Gutsbezirke Köpenick-Forst nach Boxhagen-Rummelsburg umgemeindet werden. Die beiden Jagen liegen, anschließend an das Restaurant von Klugmann, nördlich der Köpenicker Chaussee und umfassen eine Fläche von 296 659 Quadratmeter.

Zehlendorf.

Das landgerichtliche Urteil gegen sechs Zehlendorfer Genossen und den „Vorwärts"-Verlag in Sachen des Fürstenhof-Boykotts ist nunmehr endlich ergangen. Bekanntlich spielte sich vor zwei Jahren, in den Monaten Mai, Juni und Juli 1906, ein sehr erregter Boykottkampf in Zehlendorf ab. Dort, am Bahnhof Wannseebahn, befindet sich das Lokal Fürstenhof. Es besteht aus Restauration, Garten, Saal und Stehbierhalle. Es war kurz vorher in Besitz der Gemeinde Zehlendorf übergegangen. Da die Zehlendorfer Parteigenossen und Gewerkschaften damals keinen Saal für ihre Zusammenkünfte zur Verfügung hatten, traten sie an den Pächter des Fürstenhofs mit dem Ersuchen heran, ihnen seinen Saal zu überlassen. Er wies es ab, da er kontraktlich verpflichtet sei, keinem Sozialdemokraten seinen Saal zu überlassen. Darauf wendeten sich die Genossen an die Gemeindeverwaltung, diesen Paragraphen aus dem mit dem Pächter geschlossenen Kontrakt zu streichen und ihn zu veranlassen, den Saal auch den sozialdemokratischen Gemeindebürgern, die als solche Mitbesitzer des Fürstenhofs seien, zu überlassen. Als auch darauf Ablehnung erfolgte, wurde über Saal und Stehbierhalle der Boykott verhängt. In „Vorwärts"-Artikeln, Flugblättern, Handzetteln und Versammlungen wurde er bekanntgemacht. In den genannten Monaten hielten es Zehlendorfer Genossen für ihre Pflicht, in ihrer freien Zeit gelegentlich sich in die Nähe des Fürstenhoflokales zu begeben und Arbeiter, die von dem Boykott noch keine Kenntnis hatten, auf ihn aufmerksam zu machen. Das war das Signal zu einer Gegenaktion seitens der bürgerlichen Gäste des Fürstenhofes und vor allem der Zehlendorfer Polizei. Es hagelte Denunziationen, Anzeigen, Strafmandate, Verhaftungen. Gerichtliche Entscheidungen hoben freilich ein gut Teil der Strafmandate als ungerechtfertigt wieder auf, ein anderer Teil wurde als zu Recht erfolgt bestätigt. Nachdem solcher rechtskräftig gewordenen Bestrafungen eine Anzahl zusammen war, ging der Fürstenhofpächter, scharf gemacht von seiner Gastwirteorganisation, dazu über, sechs Zehlendorfer Genossen willkürlich herauszugreifen und mitsamt dem „Vorwärts"-Verlag auf Schadenersatz zu verklagen. Er verlangte Ersatz von zirka 750 M. aus Verlusten in der Stehbierhalle, Ersatz von zirka 250 M. an solchen in seinem Saalbetrieb, beides bis zum 31. Juli 1906 erlitten, und schließlich noch neue 4600 M. als Ersatz von Verlusten aus der Zeit nach jenem Termin: machte zusammen mehr als 5600 M., sodaß auf jeden Beklagten das nette Sümmchen von rund 800 M. zu zahlen kam. Doch stellte er noch weitere Nachforderungen in erfreuliche Aussicht. Er schien zu glauben, daß die Zehlendorfer Genossen ihn künftig auszuhalten hätten. Die Beklagten erhoben Widerklage auf Abweisung jeder Schadenersatzpflicht. Nach endlosen Verhandlungen hat nunmehr das Landgericht I Berlin in der Hauptsache wie folgt entschieden:

„Die Klage gegen den „Vorwärts"-Verlag ist, weil nicht begründet, gänzlich abzuweisen; desgleichen die Klage auf Ersatz von den angegebenen 4600 M. gegen alle Beklagten; ebenso ist nicht nachgewiesen, daß auch nur die sechs Zehlendorfer Genossen den Einnahmeverlust im Saalbetrieb verschuldet haben; insofern ist auch dieses Stück Klage gegen sie zurückzuziehen. Dagegen sind sie zum Schadenersatz für die entstandenen Verluste im Stehbierhallenbetrieb bis zu Ende Juli 1906 zu verurteilen; wie hoch freilich dieser Schadenersatz zu normieren ist, bleibt erst dem Endurteil zu ermessen übrig".

Begründet ist das Urteil in der Hauptsache wie folgt worden: An sich ist Boykott berechtigt, war auch dieser Boykott berechtigt. Aber die Art, wie ihn die sechs Beklagten ausgeübt haben, verstößt gegen die berühmten guten Sitten. Beweis dafür sind die Ergebnisse der Vernehmungen der Zeugen, die hauptsächlich Polizeibeamte und Gendarmen, dann auch bürgerliche Gäste des Fürstenhofes gewesen sind. Die Beklagten haben diese Zeugnisse als richtig zum großen Teil bestritten. Trotzdem ist das Urteil in der Form, wie mitgeteilt wurde, erfolgt. Gerade daß es dabei nur in einem so sehr beschränkten Umfang überhaupt zu einer Verurteilung gekommen ist, erscheint als der beste Beweis dafür, daß auch diese Verurteilung, soweit sie erfolgt ist, nicht haltbar ist. Es wird deshalb Berufung eingelegt werden. Inzwischen aber sei zur Nachachtung mitgeteilt, daß der Boykott über Saal und Stehbierhalle des Zehlendorfer Fürstenhofs noch immer besteht. Es wird um dringende Beachtung dieser Tatsache auch künftig gebeten.

Friedenau.

In der gemeinschaftlichen Sitzung der Zahlabende des Wahlvereins am Mittwoch sprach Genosse Groger über: „Die Aufgaben des bevorstehenden Parteitages." Dieser werde sich in erster Linie mit dem durch nichts zu entschuldigenden Disziplinbruch der badischen Landtagsfraktion zu beschäftigen haben, und es werde sich dann zeigen, daß die große Mehrzahl der süddeutschen Genossen nicht mit deren Haltung einverstanden ist. Auch hofft Redner diesmal in der Maifeierfrage auf ein für Partei und Gewerkschaft zufriedenstellendes Resultat. Um bei der Agitation unter den Frauen Erfolge zu erzielen, sei bei der gegenwärtigen Organisationsform die Unterstützung der Genossen in weitestem Maße notwendig. Die Organisation der Jugendlichen soll nach Ansicht des Referenten den Gewerkschaften überlassen bleiben, da dieselben auf den Arbeitsstellen und den sogenannten Lehrlingssektionen eher in der Lage seien, praktische Erfolge zu erzielen.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referates. Nur warnten sämtliche Redner vor einem Anschluß der Jugendlichen an die Gewerkschaften, da diese sich in ihrer jetzigen Form zur Ausbildung der Jugend in unserem Sinne am wenigsten eigneten. Die Gewerkschaften seien nicht mehr, was sie früher waren, Kampfesorganisationen, sondern sie nehmen immer mehr den Charakter von Erwerbslosenunterstützungsanstalten an. Auch mache sich in ihren Reihen ein bedenklicher Bureaukratismus breit. Eine selbständige Jugendorganisation unter Leitung erfahrener und gereifter Genossen sei am zweckmäßigsten. Von den Frauen beteiligte sich die Genossin Budras an der Diskussion. Sie forderte die Genossen auf, zu allen Parteiarbeiten und Versammlungen ihre Frauen mitzubringen, damit auch sie, denen die Erziehung der Kinder obliege, vom Geist des Sozialismus erfüllt würden.

Weißensee.

Dem Jahresbericht des Auguste-Viktoria-Krankenhauses für das Jahr 1907 entnehmen wir folgendes: Das Krankenhaus war im Berichtsjahre besucht von 1157 Kranken, welche zusammen 31 977 Verpflegungstage beanspruchten. Sie verteilen sich auf 728 Männer mit 20 737 Verpflegungstagen und 429 Frauen mit 11 240 Verpflegungstagen, so daß also durchschnittlich die Verpflegungsdauer für die männlichen Kranken 28½ Tage, für die weiblichen Kranken 26 Tage betrug und jedes Bett an durchschnittlich 307 Verpflegungstagen belegt war. Von den im ganzen in der Anstalt behandelten 1157 Kranken gehörten 730 der medizinischen Abteilung an, und zwar 430 männlichen und 300 weiblichen Geschlechts. Der überwiegende Teil derselben waren natürlich Erwachsene, nur ein sehr geringer Teil waren Kinder. Es erklärt sich dies zumeist dadurch, daß nur die Erwachsenen als Kassenmitglieder kostenlose Aufnahme im Krankenhause finden können. Nicht ohne Einwirkung ist in dieser Beziehung natürlich auch die Gründung eines eigenen Säuglings-Krankenhauses durch die Gemeinde Weißensee gewesen. So segensreich diese Einrichtung aus mannigfachen Gesichtspunkten heraus ist, so bringt sie insofern für die Anstalt doch einen Nachteil, als dadurch ihrer Schwesterschaft die Ausbildungsmöglichkeit gerade in der Kinderpflege gemindert wird. Es sind die Infektionskrankheiten aus der Kinderwelt im Berichtsjahre größer gewesen als die der voraufgegangenen Jahre. Aus dem Bericht der äußeren Abteilung ist zu entnehmen, daß 427 Personen behandelt wurden, davon 286 männlichen und 141 weiblichen Geschlechts. Entlassen wurden 309 als geheilt, 22 als gebessert, 6 als ungeheilt, gestorben sind 47 Personen; in Behandlung für 1908 verblieben 43 Patienten. Der praktische Unterricht der neu eingetretenen Schwestern wurde in gewohnter Weise durch regelmäßigen theoretischen Unterricht in der chirurgischen Krankenpflege ergänzt. Die chirurgische Poliklinik wurde von 1210 Kranken benutzt, an denen etwa 575 kleinere Eingriffe vorgenommen wurden und die rund 5750 Konsultationen bezw. Verbandswechsel erforderlich machten. Eine steigende Inanspruchnahme der Poliklinik für chirurgische Fälle ist somit nicht zu verzeichnen, war auch nicht zu erwarten, weil man im Interesse der hiesigen praktischen Aerzte eine möglichst sorgfältige Auswahl der wirklich Unbemittelten zu treffen bestrebt gewesen ist. Inbegriffen in die obige Ziffer der poliklinischen Patienten sind die Fälle erster Hilfe bei Verletzungen. Die Einrichtung der „Station für erste Hilfe" hat eine steigende Inanspruchnahme des Krankenhauses während der Nachtstunden zu verzeichnen. Eine Zusammenstellung der im Berichtsjahre ausgeführten Operationen ergibt 369 Fälle. Dem Bericht ist ferner eine tabellarische Uebersicht der Krankenbewegung beigegeben.

Spandau.

Die auch von Frauen gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich mit der Tagesordnung der bevorstehenden Kreiskonferenz. Der gedruckt vorliegende Bericht des Kreisvorstandes gab Gelegenheit, noch einmal auf die Landtagswahl einzugehen. Scharf kritisiert wurde das Verhalten des Kreisvorstandes aus Anlaß der Landtagswahl, welcher die Genossen bis zum letzten Augenblick im Dunkeln habe tappen lassen. Eine sehr ausgedehnte Debatte veranlaßte die Frage der Jugendorganisation. Wenn auch das Referat des Genossen Robert Schmidt-Berlin seine Verteidiger fand, so trat die Mehrheit der Redner doch der Ansicht Schmidts scharf entgegen. Mit starker Majorität wurde die vom „Vorwärts" veröffentlichte Resolution, welche sich für die Selbstständigkeit der Jugendorganisation ausspricht, angenommen. Genosse Scholz stellte den Antrag, die Zentrale des Kreises nach Spandau zu verlegen. Der Antrag wurde von einigen Genossen unterstützt, während sich andere mit der Motivierung dagegen wenden, daß wenn die Zentrale nach Spandau verlegt werde, schließlich nicht einmal die zur Besetzung der Posten nötigen Genossen vorhanden wären, da es jetzt schon manchmal schwer halte, die zu irgend welcher Arbeit notwendigen Genossen zu finden. Der Antrag wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt. Als Delegierte zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Szior, Pieser und Senftleben gewählt. Als Kreisvertreter in der Lokalkommission schlägt die Parteileitung den Genossen Strucks und als Kreisrevisor den Genossen Pieper vor. Ersterer erhält die Zustimmung der Versammlung, während zum Kreisrevisor aus der Versammlung heraus weitere Vorschläge erfolgten. Genosse Pieper erklärte, unter solchen Umständen das Amt als Revisor nicht wieder annehmen zu wollen. Darauf wurde Genosse Hornig als solcher in Vorschlag gebracht. Der Bericht der Lokalkommission über die Rupprechtsche Angelegenheit führte zu manchmal stürmischen Auftritten. Genosse Konitzer wies auf die verschiedenen „Budikerfälle" hin, die wir schon in Spandau gehabt hätten, denen sich als neuester der Fall Rupprecht anschließe. Darunter müsse das Ansehen der Partei in hohem Maße leiden, deshalb sei es angebracht, nicht so sehr die Geschäftsleute bei Vergebung von Posten in den Vordergrund zu schieben; der Beschluß der Dreimännerkommission sei umzustoßen und das Lokal in der Lokalliste zu streichen. Zwei Redner traten für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes — Führung des Lokals von Rupprecht mit dem Stern in der Lokalliste — ein, während alle anderen Redner für die Streichung des Lokals eintraten.

Eingegangene Druckschriften.

Lessing. Von Prof. R. M. Werner. (Wissenschaft und Bildung Bd. 52.) Geheftet 1 M. — **Unsere Kolonien.** Von Dr. Schnee. (Wissenschaft und Bildung, Bd. 57.) Geheftet 1 M. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.

Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen über soziale Reformfragen. I. Band Heft 1. **Arbeitstarifverträge.** Von Dr. W. Zimmermann und Rechtsanwalt Dr. H. Sinzheimer. 60 Pf. — I. Band Heft 2. **Dringende Reformpunkte** der deutschen Arbeiterversicherung. Von Dr. Fritz Stier-Somlo. Nachwort: Die Reform der deutschen Arbeiterversicherung. Von Dr. M. Biermer. 80 Pf. Verlag E. Roth in Gießen.

Deutsche Kunsterziehung. 2 M. Verlag B. G. Teubner in Leipzig.

Das Weltall. Heft 18. Illustrierte Zeitschrift für Astronomie usw. Herausgegeben von Dr. F. S. Archenhold. Monatlich zweimal. Einzelnummer 60 Pf. Verlag: Treptower Sternwarte in Treptow.

Bericht des sozialdemokratischen Wahlvereins für den zehnten hannoverschen Wahlkreis 1907—1908. 12 Seiten. Druck: G. George in Hildesheim.

Soziale Revue. 3. Quartalsheft. Von Dr. A. Rehbach. Verlag: Fredebeul u. Koenen in Essen a. d. R.

Schlimme Pfarrergeschichten. II. Band. Von E. G. Christaller. 1,20 M. Sueddia-Verlag in Jugenheim a. d. Bergstraße.

Vergleichende Münztabelle der wichtigsten Staaten der Erde. 1,20 M. Verlag: G. Freytag u. Berndt, Wien VII.

Oberspree und Dahme. Wanderführer und Atlas. Von Dr. G. Albrecht. 60 Pf. Verlag: J. Straube, Berlin SW. 13.

Volk und Schule Preußens vor hundert Jahren und heute. Von Professor P. Natorp. 50 Pf. — **Grenzen der Religion** und Naturwissenschaft. Von Dr. A. Hansen. 1,20 M. Verlag: A. Töpelmann in Gießen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.